

Grundgesetz, Artikel 20

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) **Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.** Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) **Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

24.10.2010

„Staatsverschuldung“?

1.769.845.000.000 EUR

Wachstum: 268.860,- EUR pro Minute

Widerstand ist Recht.

Die Staatsgewalt geht nicht vom Volke aus sondern von Banken, Konzernen, Medien und Politikern, die ihre gemeinsamen Interessen gegen den Willen des Volkes durchsetzen. Ihre Autorität über das Leben der Menschen wächst dank der Struktur des Geldsystems immer weiter, während der Staat systematisch immer tiefer in die Schuldenfalle getrieben wird.

Die produktiv arbeitenden Menschen müssen durch permanent steigende Steuern und Abgaben immer mehr Zinsen, Pensionen, Diäten, Provisionen und Boni für andere erwirtschaften. Hunderte Milliarden Euro werden dem deutschen Steuerzahler derzeit „alternativlos“ durch „systemrelevante“ Banken gestohlen. Die meisten Politiker und Journalisten handeln dabei nur wie Marionetten des Mammons. Sie beschließen die Gesetze und erzeugen die Meinungen, für die sie bezahlt werden.

Die Regierung verschenkt das Geld der Bürger und enteignet das Volk. „Staatsverschuldung“, Zinsen und Steuern steigen systembedingt immer schneller an und überschreiten derzeit die Grenzen dessen, was in einem Rechtsstaat durchsetzbar wäre. Nun werden die Grundrechte und die verfassungsmäßige Ordnung Schritt für Schritt beseitigt.

- Überwachung der Telekommunikation
- Einschränkung der Meinungsfreiheit
- Behinderung der informationellen Selbstbestimmung
- BKA-Gesetz
- Lissabon-Vertrag
- Gläserne Bankkonten
- Online-Durchsuchung
- Bewegungsprofile
- Wohnraum-Verzweigung
- Einsatz des Geheimdienstes zur Steuereintreibung
- Hehlerei mit gestohlenen Bankdaten und Prämien für Denunzianten



Diese Instrumente werden zum Teil heute schon dafür eingesetzt, die ständig wachsende Belastung der Steuerzahler durchzusetzen und Aufstände einzudämmen. Doch selbst der Überwachungsstaat stößt nun bald an seine Grenzen, denn die „Staatsverschuldung“ kann nichts anderes als wachsen.

Die Schuldenlüge

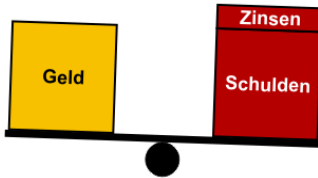
„Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“, behauptet zumindest der „Bund der Steuerzahler“ und unterstützt damit die Politiker, wenn diese mal wieder Steuern und Abgaben erhöhen wollen, denn „zukünftige Generationen müßten ja ansonsten noch mehr Schulden zurückzahlen...“ Kann man das glauben? **Ganze Generationen sollen verschuldet sein?** Bei wem denn? Die Generation, der Staat – das sind doch wir alle! Bei wem sollen wir aber dann diese Schulden haben – etwa bei anderen Generationen? Andere Staaten können es jedenfalls nicht sein, denn die stecken ja selbst alle bis zum Hals in Schulden.

„Der Staat muß die Schulden zurückzahlen, denn sonst würde ihm ja niemand mehr Geld leihen“, sagen all diejenigen, die systemkonform informiert wurden. Wozu aber muß ein Staat denn überhaupt Geld leihen, obwohl er doch selbst die Hoheit über seine Währung haben könnte? Weil es ansonsten Inflation gäbe? Haben wir die denn nicht auch so? **Wer hat denn das Geld, das dem Staat geliehen wurde, überhaupt hergestellt und kassiert dafür all die Zinsen?** Wessen Interessen vertreten die Politiker, während sie das Geldsystem niemals hinterfragen? Wem ordnen sie sich unter, wenn sie für die immer schneller wachsende Zinslast immer mehr Steuern eintreiben?

Die Bankenrettungspakete haben das wahre Gesicht unseres Finanzsystems zum Vorschein gebracht. Die Banken brauchten Geld, also bekamen sie es vom Staat. Der hatte aber selbst kein Geld, also lieh er es sich von den Banken. Doch woher hatten diese denn nun plötzlich das Geld, um es dem Staat zu leihen? Banken verleihen eben nicht – was viele heute immer noch denken – vorhandenes Geld, nein sie erzeugen es, indem sie Kredit geben. So entsteht das, was wir heute „Geld“ nennen – durch Schulden.

Die Rückzahlung der Systemverschuldung ist unmöglich.

Das Wachstum von Steuerlast und Schulden ist systembedingt. Geld entsteht ausschließlich dadurch, daß Zentral- und Geschäftsbanken es verleihen. Die gesamte Geldmenge wurde dem Staat, den Unternehmen und den Bürgern nur geliehen. Jeder einzelne Euro müßte theoretisch zurückgezahlt werden. **Nach der Rückzahlung aller Schulden gäbe es kein Geld mehr.**



Und das Geld für die Zinsen ist in der existierenden Geldmenge noch gar nicht enthalten. Es wurde zuvor nicht mit verliehen und muß wiederum von den Banken geschaffen, also verliehen werden. Dieser Teufelskreis läßt die Summe aller Schulden immer weiter wachsen. Geldmenge und Schulden wachsen zwar gleich schnell, aber die Zinslast wächst schneller. Trotz all des Wohlstands gerät fast die gesamte Gesellschaft immer tiefer in die Schuldenfalle.

Technologie, Wissen, Waren und Dienstleistungen sind im Überfluß vorhanden. Nicht die Menge an Geld ist für den Wohlstand einer Gesellschaft entscheidend sondern allein die Erzeugnisse aus Arbeit, und die gab es niemals zuvor so reichlich wie heute. Die Frage ist nur, warum die Menschen, die all das erwirtschaften, sich selbst immer weniger davon leisten können und Politiker und Journalisten sie zu immer mehr Arbeit für immer weniger Lohn antreiben. Die Antwort darauf liegt in unserem Geld- und Steuersystem und dem daraus resultierenden Machtgefüge.

„Eine private Zentralbank, die Zahlungsmittel ausgibt, ist für die Freiheiten der Menschen eine größere Gefahr als eine stehende Armee.“ (Thomas Jefferson, dritter Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1801-1809)

Obwohl jeder mit Geld zu tun hat, wissen nur die Wenigsten, was Geld tatsächlich ist und wie es in Umlauf kommt. Dabei ist das gar nicht so komplex wie die Menschen glauben sollen. Das Wesentliche ist schnell erklärt und leicht zu verstehen, nämlich die Geldschöpfung und der Zinseszinsseffekt. Heute bewirken allein diese beiden Mechanismen, daß sämtliches Volksvermögen langsam aber sicher auf die Hersteller des leistungslos erzeugten Geldes umverteilt wird.

Das Geldsystem ist ein Taschenspielertrick.

Geld ist als Tauschmittel prinzipiell eine sehr nützliche und unverzichtbare Erfindung. Die Frage ist nur, durch wen und wie es entsteht und wie es in Umlauf kommt. Geld war nicht etwa immer schon irgendwie einfach so da. Und es wurde auch nicht vom Staat hergestellt, denn sonst wäre er ja nicht verschuldet. Bei der Zentralbank kommen wir der Sache schon etwas näher, aber selbst die ist nur für einen winzigen Bruchteil der Geldmenge verantwortlich.

Fast die gesamte Geldmenge entsteht in privaten Banken. Im Gegensatz zur „*öffentlichen Meinung*“ verleihen Banken nicht das Geld, das vorher dort von anderen Kunden deponiert wurde. Nein, Banken haben die Aufgabe, die Wirtschaft „*mit Krediten zu versorgen*“ – also nicht mit Geld, wohlbemerkt. Bei jeder Kreditvergabe erzeugen sie neue – als Geld bezeichnete – Guthaben und Schulden und verlangen dafür Zinsen. Banken verleihen also kein Geld, sie geben Kredit.

- Zentralbankgeld entsteht, wenn die Zentralbank den Geschäftsbanken Kredite gibt. Auch das Bargeld ist Zentralbankgeld und wurde ursprünglich nur verliehen.
- Geschäftsbankengeld entsteht, wenn Geschäftsbanken ihren Kunden Kredite geben. Das Geld auf einem Bankkonto ist Geschäftsbankengeld, auch Giralgeld genannt.

2.000 Euro Zentralbankgeld erlauben es einer Geschäftsbank im Euro-Raum, Kredite in Höhe von 100.000 Euro zu vergeben. Dieser Multiplikatoreffekt wird durch den Mindestreservesatz von 2% ermöglicht.

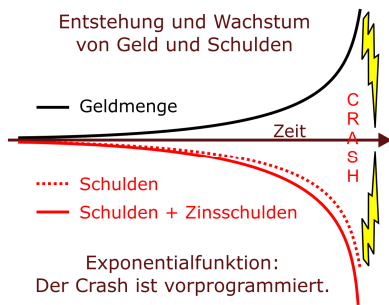
Jeder Bargeld-Euro, den man auf ein Bankkonto einzahlt, kann also von der Bank 50-fach weiterverliehen werden, wodurch neues Giralgeld entsteht. Für jeden abgehobenen Euro hingegen muß die Menge an Giralgeld entsprechend schrumpfen.

Dieses System funktioniert, solange nicht alle Menschen mehr als 2% ihres Giralgeldes in Zentralbankgeld umtauschen wollen, indem sie Bargeld vom Konto abheben. Abgesehen von den 2% Mindestreserve ist Giralgeld nicht durch die Banken gedeckt sondern durch das Eigentum ihrer Schuldner.

Beispiel: Eine Bank gibt 100.000 Euro Kredit zu 6 % Zinsen für ein teilweise finanziertes Haus:

Auf der Passivseite der Bankbilanz erscheinen die neuen 100.000 Euro, die die Bank dem Schuldner aus dem Nichts als Guthaben auf das Konto gebucht hat. Auf der Aktivseite erscheint die Forderung der Bank an den Hausbesitzer in Höhe von 106.000 Euro. Das frisch geschaffene Geld ist nun durch das Haus des Schuldners gedeckt, doch die Zinsen dafür bekommt die Bank.

Nach diesem Prinzip entstand die gesamte Geldmenge. Sie ist gedeckt durch das Eigentum der Schuldner, und die Zinsen kassieren stets die Banken. Doch der eigentliche Clou kommt erst noch: Rechnet man sämtliches Geld und alle Schulden zusammen, stellt man fest, daß das Geld für die Zinsen noch gar nicht existiert.



Da sämtliches Geld dadurch entstand, daß Banken Kredite gegeben haben, steht der gesamten Geldmenge ein gleich großer Schuldenberg gegenüber – plus Zinsschulden.

Das für die Rückzahlung aller Schulden notwendige Geld ist zwar in Umlauf, jedoch nicht das Geld für alle Zinsen. Das muß man sich wiederum ausleihen, und so weiter.

In diesem Teufelskreis muß die Wirtschaft stets schneller wachsen als die Zinslast. Nur dann sind die zusätzlichen Kredite gedeckt, die für die Zinszahlungen benötigt werden. Wehe wenn die Wirtschaft aufhört zu wachsen!

Insolvenzen sind in dieses Finanzsystem fest eingebaut. Deshalb benötigen die Banken auch immer Sicherheiten. Jedes Jahr bekommen sie mit Sicherheit einen Teil davon oder noch mehr Schuldner, denn das Geld für alle Zinsen existiert einfach nicht. Mit Hilfe dieses Schneeballsystems häufen die Banken immer mehr reale Werte an, obwohl sie nie etwas Reales verliehen hatten. „Die Bank gewinnt immer.“ Dieser alte Taschenspielertrick basiert auf einfachster Mathematik und funktioniert nicht nur im Casino sondern ist die Basis unseres gesamten Finanzsystems.

Schleichende Enteignung durch Zinsen für Geld aus dem Nichts

Die Rückzahlung der „Staatsverschuldung“ war niemals beabsichtigt und ist im System auch nicht vorgesehen. Staatsschulden können niemals zurückgezahlt werden und sollen das aus Sicht der Systembetreiber auch gar nicht. Der Zweck dieser Schulden sind die Zinsen, für die die Steuerzahler immer mehr arbeiten müssen und durch die das Volk ausgeplündert wird. Politiker und Ökonomen behaupten zwar immer wieder, das Wachstum der Staatsschulden sei kein Problem, da ja auch die Wirtschaft wachse. Doch abgesehen davon, daß die Wirtschaft nicht ständig wachsen kann, machen sie mit dieser Argumentation einen großen Bogen um den Kern der Thematik.

Die Struktur dieses Systems führt über Jahrzehnte hinweg mit mathematischer Zwangsläufigkeit zu einer schleichenden Enteignung aller Völker durch die Eigentümer der Banken. Verliehen wurde stets nur selbst erzeugtes Geld, zurückgezahlt wird mit Grundstücken, Wasserwerken, Elektrizitätswerken, Telefonleitungen, Gesundheitswesen, Post, Bahn, Straßen, Gebäuden und so weiter. Die gesamte Infrastruktur sowie die Arbeitskraft von uns und unseren Nachkommen geht systembedingt und ohne eine echte Gegenleistung in den Besitz der Geldmacher über. Ökonomen bezeichnen diese Enteignung gerne auch als „Privatisierung“ (Latein: private = berauben).

In der gesamten Geschichte der BRD will noch kein einziger Volksvertreter diesen Zusammenhang erkannt haben. Und erst recht keiner von ihnen hat jemals etwas dagegen unternommen, obwohl genau das ihre oberste Pflicht wäre. Gemäß Amtseid müßten sie doch eigentlich ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden. Dazu später mehr.

Diese wenigen Fakten sind doch schnell erklärt und leicht zu verstehen. Nur wer Wirtschaft studiert hat, tut sich damit anfangs etwas schwerer, denn die offiziellen Theorien vernebeln einem komplett die Sicht auf das Wesentliche, nämlich auf die Geldschöpfung und den Zinseszinsseffekt.

Zinsen mögen zwar berechtigt sein als Risikoprämie und Preis für das Überlassen von Kapital. Aber in unserem modernen Bankensystem entstehen die Zinsen für das Überlassen von Nichts. Dadurch entsteht eine künstliche Schuldenfalle für alle, die zu wenig Kapital besitzen. Und der Versuch, das nötige Eigenkapital durch ehrliche Arbeit aufzubauen, wird durch die Zinsen und unser leistungsfeindliches Steuersystem im Keim erstickt.

Jeder, der weniger als ca. 400.000 Euro Eigenkapital besitzt, ist ein Zinssklave,

auch wenn er sich selbst nie verschuldet hat. Die durch das „Geld aus dem Nichts“ überhöhten Zinsen verbergen sich in allen Preisen.

Der Zinsanteil an den Lebenshaltungskosten liegt inzwischen bei rund 40 Prozent (Berechnung siehe Prof. Dr. Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation). Er verbirgt sich vor allem in der Miete, aber auch in den Steuern und Abgaben sowie in allen Preisen, da die Zinslasten aller an der Wertschöpfungskette Beteiligten in die Endpreise einfließen.

Eine kleine Familie, die nur etwa 18.000 Euro pro Jahr für ihren Lebensunterhalt ausgibt, bezahlt dabei schon rund 7.200 Euro Zinsen. Weitere ca. 3.000 Euro Zinsen stecken in den Steuern und Abgaben, die sie für die 18.000 Euro Netto-Einkommen zu entrichten hatte. So bezahlt also schon eine schuldenfreie, bescheiden lebende Familie – ohne es zu bemerken – jedes Jahr rund 10.000 Euro Zinsen.

Daher braucht man auch immer mehr Hartz IV und andere finanzielle Zuwendungen für diejenigen, die es nicht schaffen, diese Zinslast aus eigener Kraft aufzubringen. Der Staat – als Handlanger der Banken – nimmt dann

den Steuerzahlern das Geld ab, um es den Bedürftigen zu geben. Von dort fließt es aber im Endeffekt größtenteils an die Banken. Als Steuerzahler und als Bedürftiger darf man sich bei diesem Spielchen keinesfalls nach dem Motto „Teile und herrsche!“ gegeneinander aufbringen lassen. Beide Gruppen sitzen im selben Boot. Ihre Gegner sind die Banken und Politiker.

Erst ab einem gut angelegten Eigenkapital in Höhe von ca. 400.000 Euro erhält man nach Abzug von Steuern und Inflation einen jährlichen Kapitalertrag, der in der gleichen Größenordnung liegt wie die jährliche Zinsbelastung. Ab dieser Schwelle wird man vom netto-Zinszahler zum netto-Zinsempfänger – nur leider auf Kosten seiner Mitmenschen. Folgende Aufstellung verdeutlicht das Prinzip. Individuell muß man natürlich genauer rechnen, also den eigenen Zinsanteil in den Lebenshaltungskosten sowie den persönlichen Zinssatz ermitteln.

allgemeine Meinung		Realität			
"Nur eigene Schulden führen in die Zinsfalle."		Die kritische Kapitalschwelle wird durch das Schuld-Geld-System nach oben verschoben			
Vermögen	Zinsertrag*	Vermögen	Zinsertrag*	verborgene Zinslast **	Zinsertrag gesamt*
600.000 €	15.000 €	600.000 €	15.000 €	-10.000 €	5.000 €
500.000 €	12.500 €	500.000 €	12.500 €	-10.000 €	2.500 €
400.000 €	10.000 €	400.000 €	10.000 €	-10.000 €	0 €
300.000 €	7.500 €	300.000 €	7.500 €	-10.000 €	-2.500 €
200.000 €	5.000 €	200.000 €	5.000 €	-10.000 €	-5.000 €
100.000 €	2.500 €	100.000 €	2.500 €	-10.000 €	-7.500 €
0 €	0 €	0 €	0 €	-10.000 €	-10.000 €
-100.000 €	-5.000 €	-100.000 €	-5.000 €	-10.000 €	-15.000 €
-200.000 €	-10.000 €	-200.000 €	-10.000 €	-10.000 €	-20.000 €
-300.000 €	-15.000 €	-300.000 €	-15.000 €	-10.000 €	-25.000 €
-400.000 €	-20.000 €	-400.000 €	-20.000 €	-10.000 €	-30.000 €
-500.000 €	-25.000 €	-500.000 €	-25.000 €	-10.000 €	-35.000 €
-600.000 €	-30.000 €	-600.000 €	-30.000 €	-10.000 €	-40.000 €

* nach Abzug von Inflation und Steuern
 ** Zinsanteil im Grundbedarf an Nahrung, Unterkunft, Waren und Dienstleistungen

Alle Zahlen sind Richtwerte pro Jahr und dienen zur Veranschaulichung des Prinzips. Sie variieren je nach Kapitalanlage und individuellem Lebensstandard.

Oberhalb der kritischen Kapitalmasse lebt es sich bedeutend leichter. Je weiter man aber unterhalb dieser Schwelle lebt, desto mehr Zinsen muß man für andere erwirtschaften, auch wenn man sich selbst nie verschuldet hat. Dies ist eine versteckte Form dessen, was es in allen menschlichen Kulturen schon immer gab: Sklaverei. Und das Erwirtschaften der Zinsen durch Arbeit wird systembedingt immer schwieriger.

Wer möchte nicht gerne „sein Geld für sich arbeiten lassen“? Aber Geld kann gar nicht arbeiten. Es sind immer Menschen, die für die Zinsen arbeiten. Jeder, der sein Geld für sich arbeiten läßt, läßt in Wirklichkeit andere Menschen für sich arbeiten und zwar nicht nur diejenigen, die sich selbst verschuldet haben, sondern alle, die zu wenig Kapital besitzen.

Das ist so in unser Geldsystem mit Zwangsverschuldung und Zinseszins effekt eingebaut. Um Geld zu verdienen, braucht man vor allem eines: Geld. Es ist wesentlich einfacher, eine Milliarde zu verdoppeln, als durch ehrliche Arbeit das eigene Haus abzuzahlen. Wer eine Milliarde hat, kann sich inflationsbereinigt allein von den Zinsen jedes Jahr 50 Häuser kaufen, ohne dafür auch nur einen Finger krumm zu machen und ohne sein Geld zu verbrauchen. Wer jedoch ohne Geld auf die Welt kommt, läuft sein Leben lang im Hamsterrad. Und vor lauter „Streß“ in unserer „schnellebigen Zeit“ hat er nicht einmal die Zeit, um darüber nachzudenken.

Wir haben ein feudalistisches Geldsystem

- **Feudalherren:** mehrere Tausend Euro Zinseinnahmen (pro Tag)
- **Freie Bürger:** ab ca. 400.000 Euro Eigenkapital aufwärts
- **Zinssklaven:** weniger als ca. 400.000 Euro Eigenkapital



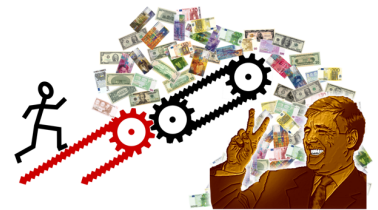
Durch dieses **Pyramidensystem** hat sich seit den Zeiten des Feudalismus nicht viel geändert. Der Wohlstand, den die Zinssklaven erzeugen, wird nach oben verteilt. Jeder der versucht, durch Arbeit ein freier Bürger zu werden und die ca. 400.000 Euro Eigenkapital durch ehrlichen Frondienst aufzubauen, arbeitet dank progressiv steigender Einkommenssteuern und Abgaben vor allem für den Geldadel. Man muß Millionen für die Feudalherren erwirtschaften, bevor man ein freier Bürger werden kann. Die meisten schaffen das nicht und haben ein Leben lang keine Freiheit erlebt.

Selbst die Französische Revolution hat daran nichts geändert. Sie war letztendlich nur ein Systemwechsel, bei dem die ineffiziente, persönliche Leibeigenschaft durch einen modernen Sklavenstaat ersetzt wurde. Dieses Modell hat sich nun weltweit durchgesetzt. Selbst der Kolonialismus konnte durch Zinsknechtschaft ersetzt werden, und kaum jemand hat es bemerkt. „Niemand ist hoffnungsloser versklavt als jene, die fälschlicherweise glauben, frei zu sein.“ (Johann Wolfgang von Goethe, 1749 - 1832)

Während sich die Feudalherren in früheren Kulturen noch mit Sklavenaufständen herumplagen mußten, weil ihre Untertanen nicht so recht arbeiten wollten, machen die modernen Sklaven heute einen Aufstand, wenn sie keine Arbeit haben. Dies verdanken sie vor allem der neuen äußeren Form der Sklaverei. Sie ist heute so subtil, daß sich kaum jemand seines Sklavendaseins bewußt ist, denn in unserem modernen System gibt es nun keine persönliche Zuordnung mehr zwischen Sklaven und Herren. Diese Funktion erfüllt heute das Geld- und Steuersystem.

„Die Wenigen, die das System verstehen, werden dermaßen an seinen Profiten interessiert oder so abhängig von seinen Vorzügen sein, daß aus ihren Reihen niemals eine Opposition hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, geistig unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne je Verdacht zu schöpfen, daß das System gegen sie arbeitet.“ (Gebrüder Rothschild, London, am 28. Juni 1863 an US-Geschäftspartner)

Die große Masse der Menschen lebt heute tatsächlich in Sklaverei. Dies ist kein Vergleich sondern Realität. Wer zu wenig Kapital hat, muß permanent für Miete, Zinsen und Steuern schuften, auch ohne selbst jemals einen Kredit aufgenommen zu haben. Das Einkommen fließt größtenteils an die Feudalherren. Und die benutzen dann dasselbe Geld, um die Sklaven nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen, damit sie sie mit Waren und Dienstleistungen versorgen für ein Leben ohne Arbeit in Überfluß und Dekadenz.



Reale Abgabenquote: über 85 %

Die Politiker sind schlau, wenn es darum geht, die Belastung der produktiv arbeitenden Menschen effektiv zu verbergen. Wer ist schon in der Lage, seinen persönlichen Abgabensatz inklusive aller sichtbaren und verborgenen Zinsen, Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Geldstrafen und Gebühren zu berechnen? Es ist nicht möglich. Die Gleichung hat zu viele Unbekannte.

Einfacher und trotzdem genauer als der Versuch einer Berechnung ist es, einfach nur die sichtbaren Resultate zu vergleichen: Ein abhängig beschäftigter Arbeiter muß in etwa einen Tag lang arbeiten, um mit dem Geld, das er dafür netto bekommt, nur eine Arbeitsstunde eines anderen Arbeiters bezahlen zu können, der seinen Frondienst ebenfalls als abhängig Beschäftigter leistet. Das entspricht einem Verhältnis zwischen dem, was man verdient und dem was man bekommt von etwa 7 bis 8 zu 1, also einer Abgabenlast von über 85 %.

Ausbildung zum Systemsklaven

Während auf der einen Seite die Zinsen und Abgaben systembedingt immer schneller steigen, gehen auf der anderen Seite diejenigen aus, die dafür arbeiten sollen. Das System braucht Nachschub, und zwar schnell!

Die Einschulung erfolgt immer früher, das Gymnasium wird verkürzt, die Bachelor- und Master-Studenten werden im Eiltempo durch die Hochschulen gepeitscht und Schule und Ausbildung werden zum Drill. Viele junge Leute klagen, sie hätten keine Zeit, sich zu verlieben – und nun wissen wir auch, warum. Der Nachwuchs muß möglichst schnell dem als „Arbeitsmarkt“ bezeichneten Sklavenmarkt zur Verfügung gestellt werden. Dabei muß er sich schon von Kind an daran gewöhnen, von früh morgens bis spät abends dem System zu dienen und das auch noch als normal zu empfinden.

Die Studiengebühren und der Zinsanteil in der Miete und in den übrigen Lebenshaltungskosten erfüllen dabei gleich zwei Aufgaben: Sie verstärken den Zeitdruck auf Studierende noch mehr und treiben sie darüber hinaus gleich von Anfang an in die Schuldenfalle, damit sie später noch gefügigere Sklaven werden. Dank diverser Praktika sind es diese Nachwuchssklaven ohnehin schon gewöhnt, sich dafür zu bedanken, daß sie kostenlos arbeiten dürfen.

Was die Kinder in den öffentlichen Belehrungsanstalten eingetrichtert bekommen, dient fast ausschließlich dem Erhalt des Systems. Rechnen, Schreiben und vorgegebene Methoden auswendig lernen, um sie auf Befehl auszuführen. Die offizielle Lehrmeinung über Wissenschaft, Geschichte, Politik und Wirtschaft muß auswendig gelernt werden – natürlich ohne die Inhalte und die Motivation der Autoren zu hinterfragen. Eigenständiges, kritisches Denken bekommt man von Anfang an abgewöhnt. Setzen, sechs!

Seine Kinder dem Systemdrill namens Schule zu entziehen und ihnen statt dessen selbst etwas Nützliches und Wahres zu lehren, ist selbstverständlich verboten, zumindest für die Sklaven. Deren Kinder müssen schließlich zu gefügigen Turbo-Sklaven gedrillt werden, denn wer soll sonst die wachsende Schuldenlast sowie die Renten und Pensionen auch morgen noch erwirtschaften? „Wachstum, Wachstum über alles...“ könnte das Motto der Kanzlerin lauten – „denn schließlich dienen die Menschen der Wirtschaft und nicht umgekehrt.“

Kein Platz für Familien

Während der Nachwuchs immer mehr Geburtsverschuldung aufgebürdet bekommt, wird er auch noch dezimiert. Die Frauen sollen lieber im Hamsterrad der Zinssklaven mitlaufen, anstatt kostbare Arbeitszeit für Haushalt, Kinder und den Erhalt der Familie zu vergeuden – sagen zumindest die Emanzipationsbeauftragten in Medien und Politik. Auch die Homosexualität wird salonfähig gemacht, denn diese Zielgruppe steht einem Leben voller Arbeit und Konsum besonders aufgeschlossen gegenüber. Das Ergebnis dieser Lebensweisen macht sich natürlich in der Geburtenrate bemerkbar. Und damit auf deutschem Boden auch zukünftig noch ausreichend

Zinssklaven arbeiten, fördert man lieber die Zuwanderung anstatt in den eigenen Nachwuchs zu investieren. Das spart Kosten.

Exakt so muß man die Familienpolitik der BRD leider zusammenfassen: Emanzipation, Homosexualität und Zuwanderung. Familien haben in diesem Geldsystem einfach keinen Platz. Auch hier fragt man sich wieder, wessen Interessen die Politiker eigentlich dienen. Unklar ist auch, was vom Volk der Dichter und Denker innerhalb weniger Generationen eigentlich noch übrig bleiben soll und ob hier etwa versucht wird, das Volk dem übergeordneten Finanz- und Wirtschaftssystem anzupassen anstatt ein System einzuführen, das zu den Menschen paßt.

Wer sich deshalb jedoch zu Ausländerfeindlichkeit aufstacheln läßt, wird selbst zum Instrument und kämpft gegen die Symptome anstatt gegen die Verursacher. Sowohl die Deutschen als auch die Ausländer gehören in diesem System zu den Opfergruppen. Ihre Durchmischung und daraus resultierende Konflikte waren von Anfang an planbar. Es nützt daher nichts, sich für den inszenierten Zwist – besonders zwischen Christen und Moslems – mißbrauchen zu lassen, während sich die Strippenzieher im Hintergrund die Hände reiben. Das Aufhetzen von Opfergruppen gegeneinander nach der Devise „Teile und Herrsche“ ist seit jeher einer der wichtigsten Bestandteile ihrer Machtstrategie. Dazu später mehr.

Sowohl die christliche als auch die muslimische Gesellschaft hatten eine lange Kulturgeschichte, während Zinsen durch ihre Religionen verboten waren. Seitdem sich jedoch beide Gesellschaften dem Zinswucher geöffnet haben, stehen sie beide vor ihrem Untergang, falls es ihnen nicht gelingen sollte, sich vom Zinssystem zu befreien.

Der Kampf um die Zinsen zerstört die Gesellschaft.

„Gold ist das Geld der Könige, Silber das Geld der Gentlemen, Tausch ist das Geld der Bauern, aber Schulden sind das Geld der Sklaven.“

Folgende Abbildungen zeigen kein richtiges Geld. Sie zeigen Banknoten, mit denen man Schulden zurückzahlen kann. Auf den Dollar-Scheinen steht das sogar gedruckt: *„Diese Banknote ist legales Zahlungsmittel für alle öffentlichen und privaten Schulden“*. Man braucht es nur zu lesen. Beim Euro ist das allerdings nicht möglich, denn hier steht leider gar nichts drauf. Er funktioniert aber nach dem gleichen Prinzip.



Da alle Banknoten von den Zentralbanken und das Giralgeld von den Geschäftsbanken nur verliehen wurden und das Geld für alle Zinsen noch gar nicht existiert, stellt sich die Frage, womit man denn dann die Zinsen bezahlen soll.

Hier beginnt das alte Spiel, bei dem alle einen Stuhl ergattern müssen, während es immer einen zuwenig gibt. Sobald die Banken die Musik abstellen, also keine Kredite mehr für die Zinsen vergeben, müssen sich die Menschen das fehlende Geld gegenseitig abjagen. Dieses Ereignis wird von Ökonomen auch als *„Rezession“* bezeichnet. Aber egal wie fleißig man auch arbeitet und spart, die gesamte Geldmenge reicht nie für alle.

Die Verlierer, die sich nicht noch tiefer verschulden können, müssen dann ihr Sachvermögen abgeben. Dabei betätigt sich der Staat dann auch noch als Handlanger der Banken, denn er zwingt die Menschen, das Bankengeld als gesetzliches Zahlungsmittel zu benutzen, und er ist es, der die systematischen Pfändungen vollstreckt.

Durch die Spirale von immer stärker wachsender Verschuldung auf der einen und immer schneller wachsenden Vermögen auf der anderen Seite wird die Umverteilung von Fleißig nach Reich durch Zinsen und Steuern automatisch immer dynamischer.

Es ist wie am Ende eines Monopoly-Spiels, in dem schon alle Straßen, Häuser, Bahnhöfe, das Elektrizitätswerk und das Wasserwerk vergeben sind. Wer nichts davon besitzt, soll nun im Kreis laufen, also arbeiten. Doch das Geld, das man dafür bei Erreichen von Los bekommt, das Einkommen, reicht nicht mehr aus, um über die Runden zu kommen – das Spiel ist aus! Beim Monopoly würde man jetzt neu beginnen. Aber die Nutznießer in der realen Welt wollen nicht aufhören. Sie bieten den Verlierern Kredite an. Doch das Blatt kann und wird sich ohne einen Neustart nie und nimmer mehr wenden.

Im täglichen Kampf um die Zinsen sind die Menschen zu beschäftigt, um den Systemfehler zu erkennen. Jeder kämpft nur noch für sich selbst und gegen alle anderen. Zeit für gegenseitige Hilfe hat man nicht mehr. Durch Idealismus, Moral und ehrliche Arbeit kommt man nicht weit. Mehr erreicht man durch Materialismus, Manipulation, Lügen, Betrug und Gewalt.

Wer sich an Moral und Ethik hält, wer als Idealist der Gesellschaft Nutzen stiftet und ehrlich arbeitet, der kann der Zinsfalle kaum entkommen. Wer sich hingegen dem Materialismus hingibt, andere Menschen belügt und betrügt und ihnen geschickt das Geld abjagt, der kassiert Boni, Abfindungen, Provisionen, Diäten, Pensionen, Yachten, Schlösser, Dienstwagen und so weiter, ganz ohne Fleiß, nur durch den Verkauf des eigenen Gewissens und der Menschen, die einem vertraut haben. Diese Negativ-Selektion führt logisch und konsequent zum Zerfall der Gesellschaft.

Kriminalität und Verzweiflungstaten häufen sich nicht aus Mangel an Gesetzen, Polizei und Überwachung, wie dies Politiker und Medien immer wieder gerne darstellen. Hinter den Kulissen erkennt man schnell die echte Ursache, nämlich eine Gesellschaft, die unter der Last dieses Systems immer materialistischer, unglücklicher und kälter wird.

Die Problematik des Zinseszins-effekts ist schon seit Jahrtausenden bekannt. Nicht umsonst haben die meisten Religionen Zinsen verboten. Und wo es sie doch gab, wurde alle 50 Jahre ein Jubeljahr ausgerufen, in dem alle Schulden erlassen wurden. Die aktuelle Krise entsteht durch den Versuch der heutigen Gläubigergeneration, all dieses historische Wissen und die Mathematik zu widerlegen und den notwendigen Schuldenerlaß mit allen Mitteln so lange wie möglich hinauszuzögern.

Das ist die wahre Ursache der Finanzkrise.



Wie Schwarze Löcher, die durch ihre enorme, ständig wachsende Anziehungskraft immer mehr Materie aufsaugen, so saugen auch riesige Kapitalkonzentrationen durch ständig wachsende Zinsforderungen immer mehr Geld aus dem Wirtschaftskreislauf ab. Die Konjunktur durch noch mehr Schulden immer weiter ankurbeln zu wollen, gleicht dem Versuch, ein Schwarzes Loch zu sättigen, indem man ihm zusätzliche Materie anbietet.

Immobilienblasen, Finanzderivate, überschuldete Staaten, Unternehmen und Verbraucher, gierige Manager und Spekulanten sind nicht die Ursache der Finanzkrise sondern nur einige Symptome eines Systems, das auf Dauer niemals funktionieren kann. Auch eine strengere Regulierung der „Finanzmärkte“ oder eine „Schuldenbremse“ ist keine Heilung sondern nur eine Oberflächenbehandlung. „Das Kapital muß bedient werden“ ... bis das System zusammenbricht. Dieses Ereignis tritt zwangsläufig ein, da die Schulden exponentiell wachsen, während die Wirtschaft in einer begrenzten Welt eben nur begrenzt wachsen kann.

Sobald sich die Menschen nicht mehr noch weiter verschulden wollen oder mangels Sicherheiten können, fehlen dem System die zusätzlichen Schuldner, die die steigenden Zinsen erwirtschaften sollten.

Für das Wachstum der Vermögen gibt es dann keine zusätzliche Substanz mehr. Die Banken, die bis dahin nur Instrument des Systems waren, geraten nun selbst in seine Fänge. Da die Banken immer mehr Zinsen an ihre Eigentümer und andere Inhaber enormer Vermögen liefern müssen aber selbst niemanden mehr finden, der ihnen noch mehr Zinsen bezahlt, zehren sich die Kapitalzentren am Ende selbst auf.



Staatliche Rettungspakete – speziell für einige Großbanken – dienen nur dazu, dem System und seinen Nutznießern aus Bankenkrisen und Politik noch so lange wie möglich einen angenehmen Lebensabend zu ermöglichen. Der Zusammenbruch wird um jeden Preis so lange wie möglich hinausgezögert, am besten bis die Nachfolger im Amt sind. Sobald auch der Staat hoffnungslos überschuldet ist, geht er mit dem System gemeinsam unter.

Vor dem Crash kommt die Phase des Faschismus.

In der Endphase des Systems wird nun versucht, diese Schuldenlücke durch explosionsartig wachsende Staatsverschuldung aufzufüllen. Nur der Staat gilt dann noch als vertrauenswürdiger Schuldner, denn er kann seine Bürger gewaltsam enteignen und zu immer mehr Schuldendienst zwingen. Regierung, Banken und Konzerne unterdrücken dann das Volk gemeinsam.

„Der Staatsapparat ist ein Zwangs- und Unterdrückungsapparat. Das Wesen der Staatstätigkeit ist, Menschen durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu zwingen, sich anders zu verhalten, als sie sich aus freiem Antriebe verhalten würden.“ (Ludwig von Mises, 1881 - 1973)

Den Menschen bleibt nach Steuern, Abgaben und Zinsen automatisch immer weniger zum Leben übrig. Die Grenzen dessen, was in einer Demokratie durchsetzbar ist, werden zwangsläufig irgendwann überschritten. Es folgt der Polizeistaat.

Die Grundrechte werden heute schon immer weiter eingeschränkt. Elektronische Massenüberwachung, BKA-Gesetz, Online-Durchsuchung, Wohnraum-Verwanzung, Abschaffung des Bankgeheimnisses, Einsatz des Geheimdienstes gegen die Bürger, Straffreiheit und Prämien für Datendiebe und Denunzianten und vieles mehr ist vor allem für einen Zweck vorgesehen und wurde auch schon dafür eingesetzt: Steuereintreibung.

Der kontinuierliche Ausbau der Machtapparate wird ohne äußere Einflüsse nicht einfach so stoppen. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte setzen sich fort, denn diejenigen, die die Macht haben, werden freiwillig niemals einen Machtentzug zulassen. Sie wollen immer mehr und immer noch mehr. Ihre Machtgier kennt keine Grenzen. Anstatt ihr System aufzugeben, werden sie erst mal noch das Bargeld abschaffen, denn so kann man aus den Untertanen noch einiges mehr herausquetschen. Dann sind Zahlungen und Geldvermögen nur noch

elektronisch und unter vollständiger staatlicher Kontrolle erlaubt. Steuern, Strafen, Gebühren und was sonst noch so gebraucht wird, kann man dann direkt von den Steuersubjekten einziehen.

Der Volksaufstand ist vorprogrammiert, denn früher oder später werden sich die Menschen ihrer Unterdrückung bewußt, und die Unzufriedenheit übersteigt die kritische Schwelle. Unter diesem Aspekt sind die Einführung der Internet-Zensur, die juristische Vorbereitung des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren und der per Lissabon-Vertrag eingeführte Schießbefehl bei Aufständen alarmierende Entwicklungen.



Für solche Maßnahmen brauchen die Machthaber natürlich Gründe, die von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden. Der angebliche Kampf gegen Terrorismus und Kinderpornographie liefert hierfür den bestmöglichen Vorwand.

Terrorismus wurde jedoch schon oft inszeniert. In der Geschichte (Reichstagsbrand) und in der Gegenwart (9/11), dienten solche Mittel schon vielen Regimes als Rechtfertigung für die Beseitigung von Bürgerrechten und dazu, Verbündete in angebliche Verteidigungskriege zu zwingen, die tatsächlich Angriffskriege sind.

Und gegen Kinderpornographie braucht man keine Zensur des Internet. Dieses Mittel ist dazu technisch völlig ungeeignet. Es ist sogar kontraproduktiv, da die Täter so anstatt verhaftet nur versteckt werden. Von Systemkennern wurde dieser Angriff auf das Internet jedoch schon lange erwartet. Das Internet ist für die Machthaber und ihre Medien die größte Bedrohung, der sie sich jemals stellen mußten. Mit wachsender Geschwindigkeit verbreiten sich dort die Informationen, die das System zum Wanken bringen und deshalb von den Mainstream-Medien entweder verschwiegen oder falsch dargestellt werden.

Der Polizeistaat kann das System noch eine Weile künstlich am Leben erhalten. Dabei wird aber das Leben für die meisten Menschen immer unerträglicher. Doch auch so gibt es noch mathematische Grenzen, die spätestens dann erreicht sind, wenn der Staat so hohe Zinszahlungen leisten muß, daß das gesamte Arbeitseinkommen aller Bürger nicht mehr dafür ausreicht.

Wie viel von dieser sinnlosen Endphase wir noch erleben müssen, bevor das System wegen seines Konstruktionsfehlers ohnehin zusammenbricht, hängt davon ab, wie lange die Menschen es noch erdulden und wie lange sie es mit ihren Steuern und Zinsen noch künstlich am Leben erhalten. Wie der Ausstieg funktioniert, wird weiter unten noch beschrieben.

Ein früherer Umstieg auf ein nachhaltiges Finanz- und Wirtschaftssystem würde uns diese schmerzhafteste Endphase ersparen. Trotzdem halten die Politiker mit allen und zum Teil verfassungswidrigen Mitteln am bestehenden System fest, denn dieses bietet ihnen Privilegien, die sie sonst verlieren würden. Damit betrügen und verraten sie nachweisbar das eigene Volk.

Wie viel Zeit hätte man für Familie und Kultur?

- Wenn man nicht ständig für Steuern, Abgaben, Miete und Zinsen arbeiten müßte?
- Wenn die Wirtschaft nicht permanent exponentiell wachsen müßte?
- Wenn man die vorhandene Arbeit gleichmäßiger verteilen würde?
- Wenn sich alle Menschen an der nützlichen Arbeit beteiligen würden?

Die Einkommen verhalten sich umgekehrt proportional zum Nutzen, den die Menschen erzeugen. Durch Arbeit in folgenden Bereichen entsteht kein echter Wohlstand:

- Finanzsystem
- Steuersystem
- Rechtssystem
- Rüstungsindustrie
- Politik
- Verwaltungsapparat
- Wenn die Pharma-Industrie heilen würde anstatt sich Kunden zu sichern?
- Wenn unzählige nützliche Erfindungen realisiert werden dürften?
- Wenn Werbung und Medien die gesamte Bevölkerung nicht permanent manipulieren würden?
- Wenn man ein Wirtschaftssystem hätte, in dem man nicht regelmäßig alles zerstören müßte, um hinterher wieder Vollbeschäftigung zu haben?

Permanentes Wirtschaftswachstum und regelmäßige Zerstörung

Da sämtliches Geld nur durch Kredite in Umlauf kam und das Geld für die Summe aller Zinsen immer nur durch neue Kredite erzeugt werden muß, müssen auch immer neue Werte zur Deckung dieser Kredite geschaffen werden. Die Wirtschaft muß also stets mindestens so schnell wachsen wie die Zinslast. Wenn die Wirtschaftsleistung einmal ein Jahr lang "nur" gleich bleibt, müßte es den Menschen doch eigentlich gleich gut gehen wie vorher. Aber wegen der Zinsen brauchen wir Wachstum „*koste es was es wolle*“, meinen zumindest die Politiker und Medien.

Wirtschaftswachstum erzeugt eigentlich Wohlstand. Der kommt aber bei den Leistungsträgern nur dann an, wenn die Wachstumsrate größer ist als der Zinssatz, denn zuerst wird der neu geschaffene Wohlstand durch die Zinsempfänger abgeschöpft, und nur was dann noch übrig bleibt, verbessert die Lebensbedingungen der Zinssklaven.

Aber abgesehen von dieser Gerechtigkeitsfrage gibt es auch einen mathematischen Systemfehler: Der Zinseszinsseffekt bewirkt ein exponentielles Wachstum aller Schulden. Die Zinslast strebt mit steigender Geschwindigkeit gegen Unendlich. Die Wirtschaft kann zwar eine Weile lang versuchen, exponentiell zu wachsen, aber auf Dauer ist das absolut unmöglich.

Bei ca. 3 bis 5 Prozent jährlichem Wachstum fällt dies anfangs kaum auf. Die verheerenden Folgen der Exponentialfunktion kommen jedoch nach ca. 70 Jahren deutlich zum Vorschein.

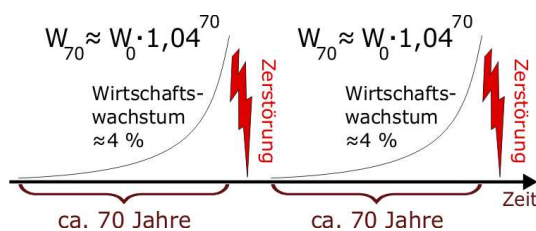
Der Kondratieff-Zyklus besagt, daß spätestens dann die Wirtschaft nicht mehr schneller wachsen kann als die exponentiell wachsende Zinslast.

Nichts in der Natur kann permanent exponentiell wachsen. Ein Krebsgeschwür wächst exponentiell, aber nur bis der Körper stirbt. Wirtschaftswachstum ist vergleichbar mit dem Versuch des Körpers, schneller zu wachsen als ein Krebsgeschwür, um dessen prozentualen Anteil am Gesamtkörper möglichst klein zu halten.

Doch daß dies auf Dauer absolut unmöglich ist, hat selbst John Maynard Keynes (1883 - 1946, einer der wichtigsten Protagonisten unseres Wirtschaftssystems) eingestanden. Er wollte sich damit aber nicht auseinandersetzen. Seine Antwort lautete: „*In the long run we are all dead.*“ – Nach uns die Sintflut!

Die Folge ist die totale Zerstörung aller geschaffenen Werte alle ca. 70 Jahre. Verschrottung und Neubau von intakten Autos mittels „Abwrackprämie“ stellt hier nur einen harmlosen Anfang dar. Es ist leider aus mathematischer Sicht notwendig, noch sehr viel mehr zu zerstören, um dieses Finanz- und Wirtschaftssystem zu erhalten. Wirtschaftswunder gibt es nur nach großen Kriegen. Nach der sinnlosen Zerstörung kommt der sinnlose Wiederaufbau. Der nächste Krieg ist vorprogrammiert. Ist all das nötig, nur um unser krankes Finanz- und Wirtschaftssystem zu erhalten? Permanente Vollbeschäftigung ist unmöglich und eigentlich auch nicht nötig. Nur unser Finanz- und Wirtschaftssystem zwingt uns dazu. Die Geschichte wiederholt sich – zumindest solange man an diesem System festhält.

Das herrschende Finanzsystem ist so makaber: Es verträgt keine Schaffung bleibender Werte. Unzählige Patente wurden und werden von etablierten Eliten aufgekauft, nur um ihre Realisierung zu verhindern und sich so die alten Monopole zu sichern. Wenn man zum Beispiel ein Heilmittel gegen lukrative Krankheiten entdeckt hätte oder einen effizienten Energiespeicher, müßte das geheim gehalten werden. Ansonsten würde so viel Arbeit unnötig werden und das Sozialprodukt so stark schrumpfen, daß das System noch früher zusammenbrechen würde.



Schildbürgerstreich: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“

„Alle müssen mehr arbeiten, um mehr Geld zu verdienen“, meinen zumindest die Politiker und „Experten“. Aber Geld entsteht nicht durch Arbeit. Es entsteht durch Schulden. Und „verdient“ wird das meiste Geld auch nicht durch eigene Arbeit sondern durch die Arbeit anderer, nämlich durch Zinsen.

Die arbeitsteilige Wirtschaft und der technologische Fortschritt dienen eigentlich dazu, den Menschen die Arbeit abzunehmen. Und das tun sie so erfolgreich, daß die Menschen immer weniger arbeiten müssen und die Arbeitslosenquote stets wächst. Das „Problem“ daran ist nur, daß dieser Erfolg nicht zu unserem Finanzsystem paßt, das permanentes Wachstum von Schulden benötigt. Und für Schulden muß man schließlich arbeiten. Die allseits nachgeplapperte Forderung nach „mehr Arbeit“ unter dem Motto: „Hätte man bloß nicht die Maschinen erfunden, dann hätten wir alle mehr Arbeit,“ ist – genau wie das Märchen von der Rückzahlung der Staatsschulden – einer der dümmsten und lächerlichsten Schildbürgerstreiche, die es je gab.

Waren und Dienstleistungen sind im Überfluß vorhanden. Weniger Arbeit und mehr Freizeit wäre für die meisten Menschen kein Unheil sondern eine Errungenschaft. Man müßte nur die Verteilung des Nutzens sinnvoll gestalten, und zwar so, daß sich Fleiß wieder lohnt.

Viele unsinnige Arbeiten könnte man in einem vernünftigen Geldsystem ersatzlos streichen. Der Gesellschaft nützt es nichts, wenn sich Millionen von Menschen nur damit beschäftigen, sich gegenseitig durch Werbung für Produkte, die keiner braucht, zu manipulieren, durch ungebetene Callcenter-Anrufe und Vertreterbesuche gegenseitig zu belästigen oder durch alle möglichen übrigen Gaunereien das Geld abzujagen. Anstatt sinnlose Formulare, Gesetze, Versicherungen, Abmahnungen, Gifte und Gegengifte, CO2-Zertifikate, Waffen, Lügen und sonstige Absurditäten herzustellen, die andere und einen selbst nur drangsalieren, könnte man doch einfach mal die wohlverdiente Freizeit genießen und die über Jahrhunderte geschaffene Technik arbeiten lassen.

Vernünftige Wirtschaftssysteme existieren schon lange in der Theorie. Man könnte zum Beispiel die Marktwirtschaft einführen, die es aber nur dann geben kann, wenn auch das Geldsystem marktwirtschaftlichen Mechanismen folgt. Aber solche Alternativen werden von den Nutznießern des etablierten Systems natürlich nicht zugelassen.



Kapitalistische Planwirtschaft: Zentralbank als Zentralkomitee

Inflation, Deflation, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftskrisen lassen sich über das Geldsystem zentral steuern. Geldart, Geldmenge, Leitzins und Kreditvergabe unterliegen keinen marktwirtschaftlichen Mechanismen sondern werden von den Zentralbanken festgelegt. Diese in keinsten Weise demokratisch legitimierten Institutionen, denen sich alle Staaten „freiwillig“ unterordnen, bestimmen, welchen Wert ihr selbst kreierte Geld hat und können den Marktteilnehmern damit nach Belieben Kaufkraft verleihen oder entziehen.

Börsenkurse und Preise steigen und fallen in Abhängigkeit davon, wie schnell die Banken das System mit frischem Geld fluten. Drehen sie den Geldhahn weit auf, steigen die Kurse und Preise. Drehen sie ihn weniger weit auf, sinken sie. Da die Zentral- und Geschäftsbanken – und ihre Eigentümer! – die Geldmenge selbst steuern, wissen sie immer im Voraus, wohin sich die Märkte bewegen. So generieren sie sichere Gewinne – und Boni – auf Kosten der Kleinanleger, die von Marktbewegungen immer erst im Nachhinein etwas erfahren.

Aber den Banken geht es nicht um Geld. Das können sie schließlich selbst erzeugen. Geld ist für sie nur ein Instrument, das ihnen Macht verleiht und ihren Eigentümern Reichtum an Waren und Dienstleistungen beschert. Mit Hilfe des Finanzsystems halten sie die produktiv arbeitenden Menschen arm und verschuldet, denn dann arbeiten sie fleißiger und erzeugen noch mehr Werte, die sie dann für billig gedrucktes Geld hergeben.

Wenn die Hälfte aller Güter, die an jedem Austausch beteiligt sind – das Geld – in Art, Menge, Wert und Ausgabep Praxis zentral gesteuert wird, dann ist das keine Marktwirtschaft sondern Planwirtschaft. Der Sozialismus und unsere Variante des Kapitalismus sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Beide Systeme basieren im Kern auf Planwirtschaft und unterscheiden sich nur dadurch, daß es auf der einen Seite ein Zentralkomitee gibt und auf der anderen eine Zentralbank.

Aber Zentralbanken sind keine gemeinnützigen Institutionen. Sie sind weitgehend das Eigentum von privaten Großbanken.

Geld regiert die Welt. Aber wer regiert eigentlich das Geld?

Wer die Kontrolle über das Geld eines Staates hat, der hat auch die Kontrolle über den Staat, nur leider ohne vom Volk gewählt worden zu sein.

Eigentlich müßte ein Staat überhaupt nicht verschuldet sein und ständig Zinsen zahlen, denn er könnte ja eigenes Geld herausgeben. Doch wegen der Abschaffung des Goldstandards mußte verhindert werden, daß der Staat unbegrenzt Geld druckt und Inflation erzeugt. Deshalb wurde diese Macht in die Hände des privaten Bankensystems gegeben, welches seither genau das Gleiche tut, nur nicht im öffentlichen sondern im eigenen Interesse.

Geld entsteht in den Zentral- und Geschäftsbanken, bei deren Eigentümern alle Fäden zusammenlaufen. Die Herren des Geldes haben die Macht, Geld aus dem Nichts zu schöpfen. Sie bestimmen, wer es bekommt und was dafür zu tun ist. Sie kaufen damit alles und jeden:

- die Medien, die dem Volk Lügen und Meinungen präsentieren
- die Politiker, die die gewünschten Gesetze beschließen
- die Gerichte, die sie niemals verurteilen
- die Polizei, die sie beschützt
- die Soldaten die für sie Kriege führen
- die Waffen, mit denen ihre Soldaten töten

Wenn ein Staat keine eigene Währung hat und deshalb ständig Kredite braucht, dann ist er genauso wie Unternehmen oder Bürger von den Geldgebern abhängig. Ein verschuldeter Staat ist immer fremdbestimmt. Er kann gar nicht im Interesse seiner Bürger handeln sondern muß den Interessen der Geldverleiher dienen. Die Staatsgewalt geht nicht gemäß Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes vom Volke aus sondern von der übergeordneten Geldmacht – der Plutokratie.

„Give me control of a nation's money supply, and I care not who makes its laws.“ (Mayer Rothschild, Private Banker) – „Gebt mir die Kontrolle über die Geldversorgung einer Nation, und es ist mir egal, wer ihre Gesetze macht.“ (Mayer Rothschild, Privatbankier)



Das globale Finanzsystem basiert auf dem US Dollar als Weltreservewährung. Durch den Federal Reserve Act von 1913 hat eine Gruppe von Privatpersonen – die Eigentümer der großen amerikanischen Banken – diese Währung unter ihre Kontrolle gebracht. Seit der Gründung der Federal Reserve, jener privaten amerikanischen Zentralbank, die den Dollar herausgibt, bestimmen sie die Geschicke der Welt.

Der letzte US-Präsident, der die Fed entmachten wollte, hieß John Fitzgerald Kennedy. Kaum bekannt ist, daß er am 4. Juni 1963 Executive Order No. 11110 unterschrieben hat, eine Verordnung, die es der Regierung ermöglichte, eigenes, silbergedecktes Geld – die *United States Note* – herauszugeben, anstatt Zinsen für *Federal Reserve Notes* zu bezahlen.

United States Note - echtes Staatsgeld
1963 vorübergehend im Umlauf



Federal Reserve Note - plutokratisches Privatgeld



Wie jeder weiß, wurde Kennedy tragischerweise am 22. November 1963 durch die magische Kugel eines geistig verwirrten Einzeltäters getötet. Da haben die Herren des Geldes wohl noch einmal Glück gehabt, denn Kennedys Stellvertreter und Nachfolger, Lyndon B. Johnson, hat in seiner ersten Amtshandlung Executive Order No. 11110 ausgesetzt. Das Staatsgeld wurde umgehend aus dem Verkehr gezogen, und seither hat sich kein US-Präsident mehr in die Politik eingemischt.

Nicht nur in den USA gab es schon vergeblichen Widerstand gegen die internationale Plutokratie. Auch manch ein souveräner Staat, der sich dem 1913 errichteten, globalen Schuldgeldsystem nicht unterordnen sondern lieber sein eigenes Finanz- und Wirtschaftssystem verwirklichen wollte, ist heute Geschichte. Die anschließend verfaßten, offiziellen Geschichtsbücher sparen das Thema Geldmacht zwar weitestgehend aus, aber alles andere ist natürlich nur die reine und vollständige Wahrheit. Und falls nicht, dann wäre das wohl die Büchse der Pandora, deren Öffnung man besser denen überlassen sollte, die den Mut haben, gegen die entsprechenden Gesetze zu verstoßen, insbesondere falls Thomas Jefferson mit seiner Aussage Recht haben sollte: „Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von alleine aufrecht.“ (Thomas Jefferson, dritter Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1801-1809)

Im aktuellen Zeitgeschehen wurden zuletzt der Irak und Afghanistan durch alliierte Truppen demokratisiert, in das Dollar-zentrierte Weltfinanzsystem eingegliedert und so zu geldgesteuerten Sklavenstaaten umfunktioniert. Der Iran und andere „Schurkenstaaten“ sind gewiß als nächste dran. Falls dort Bestechungen, Wirtschaftssanktionen und Geheimdienstoperationen fehlschlagen und die Völker sich zudem auch noch als resistent gegen westliche Propaganda und Hollywood-Gehirnwäsche erweisen – sich die gewünschten Revolutionen dort also nicht entfachen lassen – dann werden wohl wieder große Terroranschläge stattfinden, oder ein furchtbar böser Diktator wird wieder die „freie Welt“ bedrohen, wodurch man dann die nächsten Kriege rechtfertigen kann. Die Geschichte wiederholt sich – zumindest solange dieses Geldsystem die Welt regiert.

Alle übernationalen Geldinstitutionen – also IWF, BIZ, Weltbank und die einzelnen Zentralbanken – sind über diverse Ecken in Privatbesitz. Daß es kein Staatsgeld sondern nur Privatgeld gibt, erkennt man schon allein daran, daß andernfalls nicht alle Staaten verschuldet wären. Die Staaten sind in diesem System nur Abteilungen der übergeordneten Plutokratie. Sie sind Handlanger der internationalen Privatbankiers und dienen als ihre bewaffneten Arme dazu, die Völker der Erde zur Verwendung des Privatgeldes als gesetzliches Zahlungsmittel zu zwingen und andere Völker, die sich nicht unterordnen wollen, zu unterwerfen.

Massenmedien als Machtinstrument

Geld regiert zwar die Welt, aber nicht ohne Hilfe der Medien. Doch da die Hersteller des Geldes über unbegrenzte finanzielle Mittel verfügen, dürfte es ihnen nicht allzu schwer gefallen sein, alle kapitalintensiven Medien – also Fernsehen, Radio und Presse – unter ihre Kontrolle zu bringen und fortan die „öffentliche Meinung“ nach den eigenen Wünschen zu gestalten.

Alle relevanten Medienkonzerne befinden sich in den wenigen Händen einiger Persönlichkeiten, die nicht im Lichte der Öffentlichkeit stehen und deren Namen man in keinem Impressum findet. Auch die „öffentlich-rechtlichen“ Medien gehören nicht den Bürgern sondern den Eigentümern des verschuldeten Staates. Über deren Werte und Interessen kann man als Medienkonsument nur spekulieren – falls man überhaupt so weit denkt.



Wie in jeder anderen Firma, so herrschen auch in Medienkonzernen und staatlichen Medien hierarchische Strukturen. Jeder Journalist hat seinen Vorgesetzten, der wiederum seine Weisungen von der nächst höheren Ebene erhält. Jeder Reporter, Nachrichtenvorleser, Moderator, „Promi“, Ressortleiter, Chefredakteur und so weiter ist auf seinen Job angewiesen und hat somit den Weisungen von oben Folge zu leisten. „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“ Selbst der Vorstandsvorsitzende eines Medienkonzerns ist nur eine kleine Nummer im Vergleich zum Eigentümer. Wer ausschert wird mundtot gemacht oder fliegt raus.

Viele gutgläubige Menschen begründen zum Beispiel ihren Glauben an die offizielle Darstellung der Ereignisse vom 11. September 2001 damit, daß sie sich einfach nicht vorstellen können, daß alle Journalisten lügen und

kein einziger auspackt. Wie naiv diese Vorstellung doch ist! Es ist überhaupt nicht nötig, daß alle Journalisten einer solchen Verschwörung angehören. Die meisten von ihnen hinterfragen die Agenturmeldungen, die sie zu kopieren oder vorzulesen haben, ohnehin nicht. Und investigative Journalisten, die den Charakter, das Selbstbewußtsein und den Mut haben, sich gegen den Mainstream zu erheben, sind rar und meist arbeitslos, so daß man sie einfach nicht zu Gesicht bekommt. Genau wie in der Politik, so kommen auch im Journalismus nur die hinterhältigsten, gerissensten, charakterlosesten und verlogenen Elemente nach oben.

Die Psychologie der Massen wird von den Gestaltern der „Öffentlichkeit“ perfekt beherrscht. Alle Menschen sind manipulierbar. Gegen die professionellen Methoden der Manipulation ist das Gehirn nahezu chancenlos. Selbst die Hartgesottensten glauben irgendwann die unsinnigsten Botschaften, wenn sie nur ausgeklügelt genug verpackt sind und oft genug wiederholt werden. Viele beginnen sogar, am eigenen Verstand zu zweifeln, wenn scheinbar alle anderen bestimmte Dinge glauben und tun, während nur man selbst anders ist. Von dieser Gehirnwäsche globalen Ausmaßes können kleine Nummern wie Scientology nur träumen. Selbst die katholische Kirche kann da nicht mehr mithalten.

Wenn Manipulation grundsätzlich nicht funktionieren würde, gäbe es doch auch keine Werbepsychologen, weil sie dann nutzlos wären. Das Gehirn eines Menschen – wie intelligent er auch sein mag – ist wie ein Computer ohne Firewall und mit Hintertüren ohne Ende. Die in emotionalen Reizen verpackten Botschaften finden ihren Weg ungefiltert am Verstand vorbei direkt in das limbische System. In diesem Teil des Gehirns, wo Emotionen und Triebverhalten sitzen, entfalten die Signale die gewünschte Wirkung – meist ohne überhaupt bemerkt zu werden. Werbung ist nicht ohne Grund so teuer. Jede Sendesekunde schafft Zugang zu Millionen von ungeschützten Gehirnen, in denen man das gewünschte Verhalten auslösen kann.



Bildquelle: Deesillustration.com

Ähnliche Methoden wie in der Werbung werden selbstverständlich auch in der Meinungsmache eingesetzt. Ihr schwerstes Geschütz ist die „öffentliche Diskussion“, bei der natürlich stets nur Vertreter der Systemparteien und Scheinopposition anwesend oder zumindest in deutlicher Überzahl sind. Der Zuschauer bekommt dabei den Eindruck, daß die soziale Gruppe, der er angehört, in einer Versammlung, der er beigewohnt hat, zu einer gemeinsamen Meinung gekommen sei. Er konnte zwar selbst nichts zur Diskussion beitragen und wundert sich, daß niemand seine vermeintliche Außenseitermeinung vertreten hat. Aber der Konformitätsdruck wirkt, und er schließt sich in der Regel der veröffentlichten, vermeintlichen Mehrheitsmeinung an.

Millionen von Menschen unterliegen permanent dieser Täuschung und leisten dadurch selbst ihren unfreiwilligen Beitrag zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Illusion. Diesen als „kollektive Ignoranz“ bezeichneten Effekt kennt jeder zum Beispiel aus der Schule. Wenn der Lehrer fragt, wer etwas nicht verstanden hat, meldet sich meist niemand, solange jeder glaubt, er sei der einzige, der aus der Reihe tanzt.

Selbst wenn ein Fünkchen Wahrheit gelegentlich mal durchsickert, geht dies in der gigantischen, sich stets wiederholenden Informationsflut einfach unter.

So läßt sich die Herde in jede gewünschte Richtung lenken. Schuldenlüge, al-Qaida, Grippewellen, Klimaschwindel und so weiter sind nur kleine Bausteine des gigantischen Lügengebäudes, in dem die meisten Menschen heute immer noch leben. Die gesamte Weltgeschichte verdient es unter solchen Umständen genauer hinterfragt zu werden. Am schnellsten kommt man der Wahrheit ein gutes Stück näher, indem man einfach zu jeder veröffentlichten Meinung über das glatte Gegenteil nachdenkt. Besser ist es natürlich, genauer zu recherchieren, denn dann erlebt man eine interessante Reise der Erkenntnis, wenn man nach Georg Christoph Lichtenbergs Devise vorgeht: „Was jedermann für ausgemacht hält, verdient am meisten untersucht zu werden.“

Diktatur mit freien Wahlen

Die obersten Politiker sind nicht dumm. Das mag für viele überraschend klingen, doch sie sind wirklich gerissen und jeden Cent wert, den sie bekommen – nur leider nicht aus Sicht des Volkes. Man kann zwar nicht der gesamten Parlamentsfüllmasse unterstellen, daß sie wissentlich und absichtlich handelt, wenn sie jeden ihr vorgelegten Hochverrat wie befohlen abnickt. Aber die Spitzenpolitiker wissen sehr genau, was gespielt wird und wem sie zu dienen haben. Das Volk darf seine Gegner in den Parlamenten keinesfalls unterschätzen. Diese Staatsfeinde vertreten die Interessen der Geldhersteller und -verleiher, was man auch leicht daran erkennen kann, wofür Rettungspakete in hundertfacher Milliardenhöhe auf Rechnung der Steuerzahler spendiert werden und wofür nicht. Doch bei den meisten Menschen ist das so noch gar nicht angekommen.

Die entscheidende Rolle dabei spielen natürlich die Massenmedien. Eine Ausnahme stellt zurzeit noch das Internet dar. Daher ist es auch nicht überraschend, daß nun mit fadenscheinigen Argumenten die allgemeine Internet-Zensur eingeführt wird. Und jeder Politiker, der es wagt, etwas dagegen zu unternehmen, wird als Befürworter von Kinderpornographie an den Pranger gestellt werden. So müssen sich die Politiker sogar noch ihr eigenes Grab schaufeln, indem sie die allgemeine Internet-Zensur einführen und dann erst recht von den Meinungsmachern abhängig bleiben.

Alle Politiker sind auf wohlwollende Massenmedien angewiesen, um ein bestimmtes Amt und die damit verbundenen Privilegien zu erlangen. Sie brauchen die „öffentliche Meinung“ auf ihrer Seite und richten all ihre Handlungen daraufhin aus. Es gibt jedoch keine „öffentliche“ sondern nur eine „veröffentlichte“ Meinung, die von den Eigentümern der Massenmedien erzeugt wird. Damit haben sie die Macht, jede beliebige Person in jedes beliebige Amt zu setzen, dort zu steuern und bei Bedarf wieder daraus zu entfernen.

Darum ist es auch völlig irrelevant, wer für welches Amt als Marionette dient. Alle Politiker müssen gehorchen. Doch das fällt ihnen nicht schwer, denn sonst wären sie ja nicht so weit gekommen. Während einer gesamten politischen Laufbahn herrscht das Prinzip der negativen Selektion: Zum Erreichen der lukrativsten Posten braucht man vor allem Eigenschaften wie Schauspielerkönnen, Charakterlosigkeit, Gerissenheit, Habgier und Geltungsdrang. Von den Politikern kann man nichts erwarten. Sie sind weder dazu ausgebildet, noch fähig, noch willens irgend etwas anderes zu tun.

Neue Ideale haben keine Chance. Viele neue Parteien träumen davon, was sie alles bewirken würden, wenn sie nur das Interesse der „Öffentlichkeit“ auf sich ziehen könnten. Doch dieses ist ein Machtinstrument. Das kann man nicht mal eben schnell an sich reißen. Daher ist es auch völlig sinnlos, sich in irgendeiner der vielen neuen Parteien zu engagieren, die sich allesamt stets darüber wundern, daß sie keinerlei Beachtung bekommen. Das System erhält sich selbst. Zuerst muß man systemkonform werden, dann bekommt man wohlwollende Medienberichte, und erst dann darf man vielleicht mal Regierung spielen. Das ist auch der Grund, warum jede Regierung im Wesentlichen immer das Gleiche tut.

- **Teile und herrsche:** Die Parteien haben vor allem die Aufgabe, die Zinssklaven in Untergruppen einzuteilen und deren Interessen dann gegeneinander auszuspielen: Mann gegen Frau, Jung gegen Alt, geringverdienende Zinssklaven gegen besserverdienende Zinssklaven, Inländer gegen Ausländer, Christen gegen Moslems, Raucher gegen Nichtraucher, Linke gegen Rechte, Dicke gegen Dünne, Homo gegen Hetero, Hund gegen Katz und so weiter und so fort. Sollen die einen mehr Steuern oder Pflichten bekommen oder die anderen mehr Transferleistungen und Rechte oder umgekehrt? Täglich wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben, damit Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Selbständige, Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Rentner sowie Minderheiten gleich welcher Art bloß nicht bemerken, daß sie alle zur Gruppe der Zinssklaven gehören, während die Feudalherren und ihr Geldsystem vom Parteienkartell stets unbehelligt bleiben.
- **Brot und Spiele:** Staatliche Transferleistungen sind das moderne Brot. Und auch die Spiele wurden mittlerweile perfektioniert. Niveaulose Unterhaltung zur Volksverdummung, Casting-Shows zum Fremdschämen, subtile Botschaften in Filmen zur Erziehung und manipulative Musik im Radio zur Sedierung wirken wie psychologische Massenvernichtungswaffen. Und selbst die kritischen Denker haben es schwer, wenn sie an die Informationen, die sie zum Nachdenken bräuchten, einfach nicht herankommen. Statt dessen werden sie durch Fehlinformationen in Lehrmeinung, Büchern und Dokumentationen in die Irre geführt und durch unnütze und verdrehte Nachrichten in Fernsehen, Radio und Presse abgelenkt.

Das Volk muß schließlich geteilt, satt, dumm, gleichgültig und bei Laune gehalten werden. „Würden die Menschen verstehen, wie unser Geldsystem funktioniert, hätten wir eine Revolution – und zwar schon morgen früh.“ (Henry Ford, 1863 - 1947). Man bekommt zwar viele Informationen kostenlos, jedoch kaum eine umsonst. Bezahlt werden sie immer von irgendwem, meistens natürlich von denen, die über das nötige Geld verfügen oder es gar selbst herstellen. Sie steuern die Medien und die Politik und treiben so die Verdummung des Volkes immer weiter voran, bis eines Tages niemand mehr erkennt, daß die Wurzel allen Übels in der zinsbelasteten Geldschöpfung durch Privatbanken und der daraus resultierenden, allen Staaten übergeordneten Plutokratie liegt.

Das Modell der Gewaltenteilung, funktioniert noch nicht einmal bei den drei Gewalten, für die es ursprünglich konzipiert wurde: Exekutive und Judikative sind fremdbestimmt durch die Legislative. Und das BKA hat sich Befugnisse aller drei Gewalten verschafft und sich dadurch im Stil von Gestapo und Stasi gleich ganz von jeglicher Legitimationspflicht abgekoppelt.

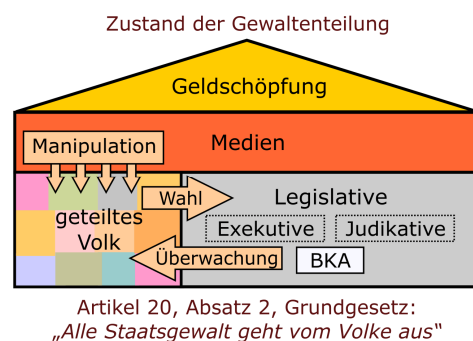
Doch unabhängig davon stehen über diesen drei Gewalten noch zwei wesentlich stärkere, nämlich Geldschöpfung und Medien.

Den meisten Menschen ist noch gar nicht aufgefallen, daß nach jeder Wahl weitgehend die gleichen Politiker in den Parlamenten sitzen. Diese Personengruppe als Ganzes kann man als Einheitspartei betrachten, die lediglich in verschiedene Flügel eingeteilt wird. Die sogenannten Parteien sind tatsächlich nur Subparteien. Wie in der früheren DDR bekommt „die Partei“ auch heute immer über 95 Prozent der Wählerstimmen.

Die Massenmedien haben das Wahlvolk dabei so gut unter Kontrolle, daß Wahlfälschungen erst gar nicht nötig werden. Rückständige Diktaturen manipulieren Wahlen, moderne Diktaturen manipulieren die Wähler. Letzteres ist nicht nur unauffälliger und effizienter sondern sorgt auch dafür, daß ein Verdacht auf Wahlfälschungen erst gar nicht aufkommt und regimekritische Demonstrationen von Anfang an gar keinen Nährboden finden.

Wahlen dienen nur dazu, die Illusion von der Demokratie aufrecht zu erhalten. Und wer nicht wählen will, dessen Stimme wird automatisch durch „die Partei“, also die CDU/CSU/SPD/FDP/Grünen/Linke, per Umlageverfahren gestohlen. Hat ein Parlamentarier erst einmal seinen Sitz ergattert, dann kann ihm praktisch nichts mehr passieren. Als einer von Tausenden von Parlamentariern in Bund, Ländern und Gemeinden muß er nur noch Gesetzesvorlagen abnicken, ist bis zum Lebensende reichlich versorgt und trägt für die Folgen seiner Handlungen nicht die geringste persönliche Verantwortung.

Aber ein Problem haben diese Parlamentsparasiten:



„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“
Für diesen Meineid werden sie sich zu gegebener Zeit zu verantworten haben.

Fazit: Steuerboykott

Selbst die höchsten Vertreter der westlichen „Demokratien“ müssen sich bei den Betreibern des Finanzsystems verschulden, sind also von ihnen abhängig. Einen echten Rechtsstaat kann es aber nur dann geben, wenn der Staat und seine Vertreter nicht von Banken, Konzernen und Medien abhängig sind, also nur nachdem ein Finanz- und Steuersystem eingeführt wurde, das nicht der Geldmacht sondern dem Volke dient. Alle etablierten Politiker können, dürfen, wollen und werden das niemals tun, denn dadurch würden sie sich den Ast absägen, auf dem sie alle selbst sitzen.

Demokratie ist eine Illusion. Die Monarchie wurde nicht durch eine Volksherrschaft abgelöst sondern durch eine fast allen Staaten übergeordnete Plutokratie. Die Macht geht nicht vom Volke aus sondern vom Gelde, wie der Volksmund schon sagt: *„Geld regiert die Welt.“* Aber da Geld keine öffentliche, gemeinnützige Einrichtung ist sondern das private System einiger internationaler Geldherrscher, liegt dort das Zentrum der Macht.

Die Staaten in ihrer heutigen Form sind weiter nichts als die bewaffneten Arme dieser Geldherren und setzen unter Zwang und mit Gewalt durch, daß die Völker jenes Privatgeld als *„gesetzliches Zahlungsmittel“* akzeptieren. Und da dieses Geld nur durch Verleih in Umlauf kommt, also mit Zins und Zinseszins stets mehr Geld zurückgefordert wird, als es überhaupt gibt, werden die Völker der Erde über Generationen hinweg verschuldet und verklavt und müssen für alle Zeiten für Staatsschulden und Zinsen schuften.

Gottfried Feder hat bereits 1919 in seinem Buch *„Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“* festgestellt: *„Die Brechung der Zinsknechtschaft gibt uns die Möglichkeit, die Aufhebung aller direkten und indirekten Steuern zu betreiben. Hört es, Ihr werteschaffenden Menschen aller Länder, aller Staaten und Kontinente, alle aus direkten und indirekten Quellen fließenden Staatseinnahmen fließen restlos in die Taschen des Großleihkapitals. Die Erträgnisse der werbenden Staatsbetriebe, als da sind Post, Telegraph, Telefone, Eisenbahn, Bergwerke, Forsten u. s. w. reichen vollkommen aus, um alle notwendigen Staatsaufgaben für Erziehung, Bildung, Rechtspflege, Verwaltung, soziale Fürsorge daraus bestreiten zu können.“* Auch heute noch hätten wir immense Einnahmen aus den Staatsbetrieben, wenn man dieses Volksvermögen nicht auf illegale Weise *„privatisiert“*, also den Geldherren zugeschanzt hätte.

Das permanente Wachstum von Schulden wurde fest in unser Finanzsystem eingebaut. Die *„Staatsverschuldung“* und die daraus resultierenden Zinsen sind ein Instrument zur Enteignung des Volkes. Dieses Finanzsystem durch immer mehr Schulden und Steuern zu erhalten, wird von den Politikern als *„alternativlos“* bezeichnet. Doch dies geschieht ausschließlich im eigenen Interesse und nicht im Interesse der Allgemeinheit. Dadurch führen die Parlamentarier den Staat zwangsläufig immer tiefer in die Verschuldung und folglich in die Phase des Faschismus.

Die BRD hat für das Privatgeld, das sie leihen mußte, um eine Währung in Umlauf zu bringen, seit ihrer Gründung insgesamt rund 1,7 Billionen Euro Zinsen bezahlt. **Ohne diese Gebühr für die Benutzung des privaten, überstaatlichen Geldsystems wäre der Staat heute schuldenfrei.** Jeder fünfte Steuer-Euro ist mittlerweile für diese als Zinsen bezeichnete Geldgebühr zu entrichten. Die Politiker begrenzen alle Staatsausgaben, nur nicht die Zinsen. Und wegen dieser Kosten betonen sie auch immer wieder, daß sie für andere Dinge keinen Spielraum hätten, den es allerdings gäbe, wenn der Staat unter einer kompetenten Führung das Emissionsrecht für Geld selbst beanspruchen würde anstatt sich dem internationalen Finanzkapital unterzuordnen.

Wie schon zu Zeiten der Fuggers, von denen sich die Monarchen Geld leihen mußten, so müssen auch heute die von den Geldherren und ihren Medien eingesetzten Politikdarsteller den Staat bei den Betreibern des Finanzsystems verschulden, sich ihnen also unterordnen. Dies steht im Widerspruch zu Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes, wonach die Staatsgewalt nicht von internationalen Bankiers sondern vom Volke ausgeht, welches sich keiner höheren Macht unterzuordnen hat. Unter solchen Bedingungen wäre der Staat aber nie in die Schuldenfalle geraten. **Die gesamte „Staatsverschuldung“ ist somit verfassungswidrig und daher nichtig.**

Zur Beseitigung dieser Mißstände ist auf jeden Fall ein außerparlamentarischer Auslöser erforderlich, denn das etablierte Machtsystem wird sich schließlich nicht einfach so selbst beseitigen. Vielmehr werden seine Nutznießer, die naturgemäß gewiß keine Altruisten sind, alles (wirklich alles!) dafür tun, ihre Privilegien zu verteidigen. Will man einen Sumpf trockenlegen, so darf man nicht die Frösche fragen, und es nützt auch nichts, selbst einer zu werden.

Der Ausweg liegt in einem Steuerboykott, dessen Zweck es aber nicht ist, einen Rechtsstaat zu schwächen oder Anarchie auszulösen sondern einen Marionettenstaat zu beseitigen und Platz für einen gemeinnützigen, echten Rechtsstaat zu schaffen, der nicht den Interessen einer übergeordneten Finanzmacht dient sondern allein den Interessen des Volkes.

Ein Steuerboykott kann den Staat aus den Klauen der Geldherren befreien. **Wenn der Sklavenstaat bankrott ist, dann sind seine Eigentümer bankrott, und die Sklaven sind frei!** Wenn die produktiv arbeitenden Menschen sich außerhalb des bestehenden Systems neu organisieren, dann können sie die Früchte ihrer Arbeit wieder selbst ernten und müssen im Vergleich zu heute nur noch einen Bruchteil ihrer Lebenszeit mit Arbeit

verbringen. Pech haben dann nur die wenigen Zeitdiebe, die derzeitigen Machthaber, die dann etwas kennenlernen werden, was sie noch nie erlebt haben: echte, produktive Arbeit.

Wer dem Staat der Zins- und Steuersklaverei entkommen will, geht vielleicht ins Ausland – falls er noch einen Staat findet, in dem die Situation besser ist und vor allem auch bleiben wird. Viele gute Leute sind leider schon gegangen und haben festgestellt, daß es in anderen Ländern auch nicht anders läuft und daß sie dort als Fremde dann nicht einmal mehr die Legitimation haben, sich gegen das System zu erheben. Durch Auswandern erlangt man keine Freiheit. Dieser Kampf muß zuhause ausgefochten werden.

Aufklärung über die beschriebenen Mißstände findet man im Internet immer häufiger. Doch kaum jemand geht einen Schritt weiter und gibt Lösungsansätze. Diese Lücke wird im Folgenden geschlossen.

Unterstützung durch Mitbürger im Staatsdienst

Höchst wünschenswert wäre es, wenn der weiter unten beschriebene Steuerboykott gar nicht erst notwendig wäre, wenn zum Beispiel alle Beamten gewissenhaft ihre Pflichten erfüllen und dem kriminellen Treiben von Politikern nicht mehr tatenlos zusehen würden. Alle Staatsdiener – insbesondere Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter – hätten spätestens bei dem illegalen Ankauf von gestohlenen Bankdaten durch die Regierung und bei der rechtswidrigen Finanzhilfe für Griechenland das Recht und die Pflicht gehabt, die beteiligten Politiker auch ohne Aufhebung ihrer Immunität unmittelbar zu verhaften.

Immunität: „*Abgeordnete des Bundestages genießen Immunität, was sie vor Strafverfolgung schützt. Die Polizei darf nur wegen einer mutmaßlichen Straftat ermitteln und einen Parlamentarier verhaften, wenn der Bundestag dem zustimmt und die Immunität aufhebt, es sei denn, er wird unmittelbar oder am Tag nach der Tat festgenommen.*“

Die Verhaftung der beteiligten Politiker wäre zum Beispiel sofort nach dem Ankauf der Hehlerdaten-CD (StGB §§ 129, 259, 260) oder nach der Zustimmung der Politiker zur Griechenlandhilfe am 25.06.2010 (mehrfacher Verstoß gegen EU-Recht und das Grundgesetz) nicht nur möglich sondern die oberste Pflicht aller Beamten gewesen. Es bleibt die Hoffnung, daß die Staatsdiener bei der nächsten Straftat der Politiker nicht mehr wegsehen und spätestens dann ohne zu zögern handeln.

Doch auch heute noch sind die Staatsdiener durch das **Grundgesetz Artikel 20 Absatz 4** dazu legitimiert, die Politiker daran zu hindern, die verfassungsmäßige Ordnung weiter zu beseitigen. Sie haben auf dieser Basis hier und heute jederzeit das Recht und die Pflicht, die gesamte Regierung in Gewahrsam zu nehmen. Diese Maßnahme mag außergewöhnlich wirken, aber Recht ist Recht. Der Transfer von deutschen Steuergeldern an Banken und ausländische Regierungen, die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung und viele andere von den Politikern begangene Verbrechen gegen das deutsche Volk sind nicht nur illegal sondern darüber hinaus noch Hochverrat.

Das Gleichstellungsgebot ist ein Grundrecht. Es wurde verankert im **Grundgesetz Artikel 3 Absatz 1** und besagt: „*Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.*“ Doch die Praxis sieht leider anders aus. Wer die Steuern nicht rechtzeitig bezahlt, wird unverzüglich gnadenlos verfolgt, während Politiker hemmungslos und öffentlich gegen Gesetze verstoßen dürfen, ohne dafür auch nur eine Ermahnung zu erhalten. Dabei unterstützen die Beamten das illegale Treiben der Politiker sogar noch, indem sie unschuldigen und aufrichtigen Bürgern, die ihr Widerstandsrecht ausüben und beispielsweise Steuerzahlungen verweigern, durch Zwang oder gar mit Gewalt das Geld wegnehmen, um es den Politikern für ihre rechtswidrigen Taten zur Verfügung zu stellen.

Deutsche Beamte, erfüllen Sie Ihre Pflichten, bevor es zu spät ist und sie den Schießbefehl auf das eigene Volk erhalten, der über den Lissabon-Vertrag bereits vorbereitet wurde. Solange von Ihrer Seite keine Unterstützung kommt, muß sich das Volk notfalls anders zur Wehr setzen.

Aktiver Steuerboykott per Rechtsweg und Zahlungsstopp



Das Steuersystem der BRD ist so kompliziert und enthält so viele Lücken und Fehler, daß eine exakte Steuererklärung und eine gesetzeskonforme Besteuerung völlig unmöglich sind. Nicht umsonst werden alle Steuerbescheide nur noch mit Vorläufigkeitsvermerk ausgestellt, und es fehlt auch jegliche Unterschrift eines persönlich haftenden Beamten, während andererseits jegliche Staatshaftung gemäß § 839 BGB ausgeschlossen ist. Die

BRD wälzt so die Verantwortung auf den kleinen Beamten vor Ort ab, und dieser entzieht sich dann durch die fehlende Unterschrift seiner Pflicht, mit seinem gesamten Privatvermögen für eventuelle Schäden zu haften. Allein aus diesen Gründen könnte man schon jegliche Steuererklärung und -zahlung verweigern.

Politiker verwenden die Steuergelder zum Teil für kriminelle Machenschaften. Mit Steuergeld wurden zum Beispiel gestohlene Bankdaten angekauft, was gemäß Strafgesetzbuch §§ 129, 259, 260 unter anderem den Straftatbestand der Hehlerei erfüllt. Wer Steuern zahlt, macht sich dadurch der Beihilfe schuldig. Und wer Steuern eintreibt, nötigt ehrliche Bürger, sich an Straftaten zu beteiligen.

Auch aus Gewissensgründen könnte man alle Steuerzahlungen verweigern, denn mit Hilfe dieser Gelder wird in Afghanistan ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg geführt, bei dem schon viele unschuldige Menschen umgebracht wurden. Die Steuerzahler bezahlen die Munition, mit denen dies geschieht, sie werden gezwungen,

Beihilfe zum Mord zu leisten. Aber eigentlich steht die im Grundgesetz verankerte Gewissensfreiheit über dem Steuerrecht – zumindest theoretisch.

Es ist auch höchst umstritten, ob die BRD-Regierung völkerrechtlich überhaupt dazu legitimiert ist, über das hier ansässige Volk zu herrschen, denn dieses hat seit der sogenannten Wiedervereinigung noch nicht über eine gemeinsame Verfassung abgestimmt. Und falls das Grundgesetz von 1949 tatsächlich für die zusammengefaßten Gebiete der ehemaligen BRD und DDR gelten sollte, dann besteht gemäß Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes, ein Recht auf Widerstand, wenn die verfassungsmäßige Ordnung beseitigt wird, was momentan zweifelsfrei geschieht.

Das Zahlen von Steuern kann man unter solchen Umständen – rein rechtlich – eigentlich nur als freiwillig betrachten. Faktisch ist es aber leider anders, denn die BRD-Exekutive ist nicht zimperlich, wenn es darum geht, ihr Schutzgeld notfalls auch gewaltsam einzutreiben. Wehe dem, der die Frechheit besitzt, sich auf den Rechtsstaat zu berufen!

„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ (Bertolt Brecht)

Theoretisch hat man auf dieser Basis schon lange das Recht und die Pflicht, Widerstand zu leisten, indem man zum Beispiel alle Steuerzahlungen einstellt. Die Steuerzahler, insbesondere die Unternehmen, die die Einkommenssteuer, die Umsatzsteuer und die Mineralölsteuer kontinuierlich an die BRD GmbH abführen, könnten alle Zahlungen ab einem bestimmten Stichtag kollektiv einstellen und dem Regime dadurch kurzfristig den Geldhahn weitgehend zudrehen.

Praktisch hätten die Steuerverweigerer damit aber leider kaum Aussichten auf Erfolg und würden existenzielle Risiken eingehen. Zuerst würden die Mainstream-Medien solche Bestrebungen vollständig verschweigen und aus der veröffentlichten Diskussion fernhalten. Sollte dies später nicht mehr gelingen, würden die Meinungsmacher die veröffentlichte Meinung schnell gegen die „Steuer-Terroristen“ aufbringen und eine breite Beteiligung am aktiven Steuerboykott zu verhindern wissen.

Die BRD ist **kein Rechtsstaat**. Ihre ferngesteuerte Regierung verfügt über Exekutive und Judikative. Sie besitzt das Gewaltmonopol und wird es in letzter Konsequenz auch einsetzen. Wenn die Exekutive schließlich mit Waffengewalt anrollt, um die Steuern einzutreiben, dann nützt es nichts, sich hinter dem Grundgesetz zu verstecken, denn die von der Regierung ebenfalls kontrollierte Justiz wird niemals zugeben, daß sie abhängig ist, daß die verfassungsmäßige Ordnung entweder ohnehin nie gegeben war oder aber beseitigt wurde und daß die Staatsgewalt nicht vom Volke sondern vom Gelde ausgeht.

Da der aktive Steuerboykott aufgrund der bestehenden Machtstrukturen für alle Mitstreiter sehr gefährlich ist, stellt sich die Frage, mit welchen Methoden man durch passiven Widerstand in Steuerboykott treten kann.

Passiver Steuerboykott und Systemboykott

„Ziviler Ungehorsam wird zur heiligen Pflicht, wenn der Staat den Boden des Rechts verlassen hat.“ (Mahatma Gandhi).

Der produktive Teil der Bevölkerung arbeitet in der Regel für Giralgeld. Und dadurch versorgt er primär den unproduktiven Teil, also Feudalherren, Bankster, Versicherungen, Politiker, Juristen, Pensionäre und alle anderen Transferempfänger. Ein systemkonformer Klempner muß zum Beispiel einen ganzen Tag lang arbeiten, um nur eine Stunde seines systemkonformen Malerkollegen bezahlen zu können – und umgekehrt. Hätten die beiden außerhalb des Systems gehandelt, also ihre Arbeitsleistung direkt ausgetauscht, ohne den Umweg über Bankengeld, hätte jeder mit nur einer Stunde Arbeit den gleichen Nutzen bekommen und den Rest des Tages frei gehabt.

Alle produktiv arbeitenden Menschen sollten sich zu Netzwerken zusammenschließen, in denen sie nur echte Leistungen von privat zu privat (nicht gewerblich!) austauschen, alternative Währungen einsetzen und kein Bankengeld mehr akzeptieren, welches schließlich ohne eine echte Leistung entsteht. Die Mitglieder solcher Netzwerke könnten sich so gut selbst und gegenseitig versorgen, daß ihr Arbeitsaufwand auf einen Bruchteil schrumpfen würde. Menschen, die von der Regierung und vom schuldbehafteten Geld des Bankensystems unabhängig sind, also zum Austausch von Waren und Dienstleistungen keine Euros, Dollars, Franken und so weiter mehr benutzen, sondern Selbstversorgung, Tauschhandel und Alternativwährungen aufbauen, haben kein steuerpflichtiges Einkommen und benötigen es auch nicht.

Ohne Konfrontation mit den bestehenden Machteliten treten autarke Gemeinschaften aus dem System aus und hinterlassen es am Ende als **leere Hülle**. Bankiers, Geldadel, Konzerneigentümer, Medienfürsten und Politiker können dann ohne Volk weitermachen und sich gegenseitig betrügen, belügen, vergiften und versklaven. Und während niemand mehr für sie arbeitet, können sie nur noch ihr wertloses Papier fressen oder ebenfalls austreten und sich dem ehrlichen Volk mit ehrlicher Arbeit anschließen – sofern sie überhaupt für eine nützliche Arbeit zu gebrauchen sind.

Methoden des passiven Widerstands

1.) Selbstversorgung, Tauschhandel und Alternativwährungen

Wer sich einen Sachwert selbst schafft, zahlt dafür keine Steuern. Wer ihn privat mit anderen tauscht ebenfalls nicht. Geld benötigt man eigentlich nur, um den Tausch und die arbeitsteilige Wirtschaft zu erleichtern. Theoretisch könnte man alles Mögliche als Geld benutzen und so dem System entkommen. Aber leider zwingt

der Staat – als Handlanger der Banken – die Menschen dazu, nur Bankengeld als Tauschmittel einzusetzen, indem er es zum alleinigen, gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt. Der Preis für die Benutzung dieses Zahlungsmittels ist die exponentiell steigende Zinslast, die für die umlaufende Geldmenge an die Geld-Mafia zu entrichten ist.

Das „Wunder von Wörgl“, war ein erfolgreicher Versuch, während der letzten Weltwirtschaftskrise ohne Bankengeld zu wirtschaften. Daher wurde dieses Modell auch unmittelbar durch die Zentralbank verboten. Gewerbsmäßiger Tausch wird seither durch den bewaffneten Arm der Banken – den Staat – untersagt. Wenn also zum Beispiel ein Gärtner einem KFZ-Mechaniker den Garten richtet und als Gegenleistung das Auto repariert bekommt, dann machen sich beide theoretisch der Steuerhinterziehung strafbar. Unter Privatpersonen ist der Tausch jedoch erlaubt.

2.) Abhängige Beschäftigung beenden

Arbeitgeber UND Arbeitnehmer leisten ihren Frondienst für die Geldherren durch Zinsen, Steuern und alle anderen Abgaben. Diese Gruppe der Fleißigen zu spalten, war die Idee von Karl Marx, jenem Angehörigen der Geldherren, der ebenso wie die Gewerkschaften niemals den Zins kritisierte. Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinigt Euch! Arbeitet als selbständige Unternehmer oder besser noch als Privatleute zusammen und beendet alle Arbeitsverträge! Das spart die Sozialversicherung und den direkten Steuereinzug von der Quelle. Unter dieser Voraussetzung kann dann jeder im Rahmen seiner eigenen Widerstandskraft als Unternehmer die Steuern aktiv boykottieren oder im privaten Rahmen Tauschhandel betreiben.

3.) Nur den nötigsten Geldbedarf im System beschaffen

Schritt 1 und 2 können je nach Beruf und Eigentum an Wohn- und Produktionskapital den Bedarf an Bankengeld erheblich reduzieren. Der übrige Geldbedarf kann je nach persönlichen Fähigkeiten durch wenige Tage offizielle Arbeit im Rahmen der steuerfreien Grenzen beschafft werden. Wer diese Möglichkeiten nicht hat, kann auf staatliche Leistungen zurückgreifen und das System auf diese Weise zusätzlich aushöhlen.

4.) Bankrun und Geldboykott

Wenn nur jeder fünfzigste Euro von den Bankkonten abgehoben wird, bricht die Macht der Banken sofort zusammen. Politiker und Journalisten haben es durch beispiellose Propaganda bisher geschafft, dies zu verhindern. Während sich die Banken wegen des Ausfallrisikos gegenseitig kein Geld mehr leihen wollten, haben sie die Menschen dazu gebracht, ihr Geld weiterhin auf den Bankkonten zu lassen. Durch diese Kredite stützen die Menschen das System, das sie verklavt und von dem nur andere profitieren. Der Mindestreservesatz von nur 2 Prozent bewirkt, daß man den Banken 100.000 Euro entziehen kann, indem man nur 2.000 Euro vom Konto abhebt. Hier kann schon jeder Einzelne sehr viel bewirken.

Viele Geldsparer betrachten die Sparzinsen irrtümlich als Erträge. Diese liegen jedoch fast immer weit unterhalb der echten Inflationsrate, und zusätzlich wird noch die Abgeltungssteuer abgezogen. Geld auf einem Bankkonto zu haben, ist ohnehin keine gute Idee. Es ist dort pfändbar, und auch Banken und Politiker können sich daran bedienen. Bei einer Pleitewelle im Bankensektor mag einem zwar der nominale Betrag erstattet werden, denn dafür bürgt ja der Einlagensicherungsfonds und der Staat. Aber beide haben nicht ansatzweise Geld in dieser Größenordnung. Sie bürgen lediglich mit Inflationsgeld, das nachher nur einen Bruchteil der früheren Kaufkraft hat. Das Gleiche gilt für Lebensversicherungen, Riester-Rente, Rürup-Rente, Rente generell und alle anderen staatlich geförderten oder erzwungenen Vorsorgespenden. Sie sind größtenteils pfändbar, nicht vererbbar, können mit Steuern und Sonderabgaben belegt werden und werden durch Inflation entwertet.

Aber auch alles, was an Börsen gehandelt wird, kann schnell entwertet werden. Alle Börsenkurse werden durch die großen Marktteilnehmer manipuliert. Sie treiben die Kurse wohin sie wollen und haben dadurch immer einen Informationsvorsprung. Die Gewinne und Boni der Großen sind die Verluste der als Kleinanleger bezeichneten Kapitalspender. Die Antwort heißt: Aussteigen! Alle Aktien, Lebensversicherungen, Anleihen, Papiergeld und sonstigen Papierwerte in Sachwerte umtauschen! Auch der Wert von Papiergeld wird manipuliert. Nur echte Waren und Dienstleistungen lassen sich nicht manipulieren, solange man ihren Wert nicht am willkürlich bewerteten und innerlich wertlosen Bankengeld mißt. Einige Sachwerte – zum Beispiel Edelmetalle – eignen sich außerdem hervorragend als Alternativwährung. Marktwirtschaftliche Mechanismen werden automatisch dafür sorgen, daß sich das attraktivste Zahlungsmittel etablieren wird.

5.) Boykott der „systemrelevanten“ Banken und Versicherungen

Alle systemrelevanten Banken und Versicherungen sind das Eigentum jener Klasse, die schon seit Generationen niemals arbeitet. Kredite sind grundsätzlich zu vermeiden. Trotz allem wird man vorerst noch ein Konto oder eine Versicherung brauchen, aber bitte nicht bei Allianz, Commerzbank, Deutsche Bank und all ihren ausländischen Ebenbildern sondern allenfalls nur bei Volksbanken und Sparkassen.

Versicherungsgesellschaften sind grundsätzlich nichts anderes als eine Zusammenballung von Juristen, Statistikern und Verkäufern, deren Aufgabe natürlich nur darin besteht, den Profit ihres Konzerns zu maximieren. Sie kreieren und verkaufen Verträge, aus denen für ihre Opfer nur Beiträge entstehen, während Leistungen weitgehend ausgeschlossen sind. Über ihre Kontakte in die Politik schreibt die Versicherungs-Mafia die Gesetze, die sie regulieren sollten, einfach selbst. Die meisten Versicherungen sind staatlich gedeckter Betrug und daher so weit es geht zu meiden.

6.) Boykott der Konzerne durch Regionalisierung

Die meisten Weltkonzerne sind das Eigentum der Strippenzieher im Hintergrund und bekommen Macht und Profite durch Ausbeutung, Kinderarbeit, Krieg, Umweltzerstörung und Korruption. Allen voran: Adidas, Aldi, BAYER, BP, C&A, Chicco, Coca Cola, Deichmann, H&M, Kraft, Mattel, Nestlé, Nike, Otto, Procter & Gamble, Reebok, Siemens, Triumph, Unilever, Wal Mart.

Alternativen bieten Wochenmärkte und regionale Hersteller, von deren Moral man sich vor Ort noch selbst überzeugen kann. Dies belebt die regionale (Tausch-)Wirtschaft und ist nebenbei auch besser für die Gesundheit. Wer dann noch auf das hormonverseuchte, zusammengeklebte Gammelfleisch der Supermärkte und Fastfood-Tierquäler verzichtet, tut nicht nur sich selbst sondern auch den Tieren und der Umwelt einen riesigen Gefallen.

7.) Boykott der staatlich vorgeschriebenen Drogen

Jeder Bürger hat die staatlich garantierte Freiheit, so viele Drogen zu nehmen, wie es seine eigene Sucht bestimmt. Der Staat fördert sogar die Herstellung sowie Werbung und Vertrieb, solange es sich nur um die legalen Drogen Alkohol, Nikotin und Koffein handelt. Nur diese sind gesund für die Konzerne und die Steuereinnahmen. Durch den staatlich kontrollierten Drogenhandel wird erzwungen, daß nur Konzerndrogen konsumiert werden und keine Konkurrenz durch weniger schädliche, billigere oder gar steuerfreie Alternativen wie zum Beispiel Hanf aufkommt. Wer zu schwach ist, um drogenfrei zu leben, hat nur die Wahl zwischen staatlich vorgeschriebenen oder illegalen Drogen. Wer jedoch stark und selbstbewußt ist, wer dem Konformitätsdruck widersteht und die Welt unvernebelt sehen will, der verzichtet natürlich komplett auf alle Drogen, erhält seine Gesundheit und erkennt mit klarem Kopf die Dinge, die anderen verborgen bleiben (sollen).

8.) Boykott der Pharmakonzerne durch alternative Medizin

Man muß kein Mediziner sein, um eines zu wissen: Alle Produkte der Pharmakonzerne dürfen aus wirtschaftlicher Sicht niemals heilen. Sie müssen abhängig machen und neue Krankheiten auslösen. Andernfalls wären sie nicht rentabel. Der Einfluß der Pharma-Mafia auf die Politik und die Inhalte des Medizinstudiums ist immens. Wer noch ohne deren Medikamente halbwegs überlebensfähig ist, sollte sich keinesfalls auf die todbringende Spirale der Abhängigkeit von der Pharmaindustrie einlassen. Der Bedarf an Heilung wird durch die Punkte 6 und 7 schon erheblich reduziert. Für alles Weitere bringt alternative Medizin meist den größeren Nutzen.

9.) Boykott der System-Medien

Um einen Medienkonzern zu besitzen, benötigt man enorme Mengen an Kapital. Die heutige Pressefreiheit ist die Freiheit der Geldherrscher, ihre Weltanschauung zu verbreiten und das Volk zu lenken. Von oben herab wird durch hierarchische Strukturen gesteuert, worüber und zu wessen Gunsten in Fernsehen, Radio und Presse zu berichten ist. Die Antwort heißt: Alles abschalten, abmelden, nebenbei noch Kosten sparen und sich nur noch über das Internet informieren!

Kultur bekommt man in den Mainstream-Medien heute ohnehin kaum noch geboten. Statt dessen werden einem fast ausschließlich die Ausscheidungen der „*Unterhaltungsindustrie*“ zum Konsum vorgesetzt. Wo früher einmal Kultur war, herrscht heute systematische Volksverblödung, Kulturvernichtung und Verführung. Unkritische Verbraucher sind schließlich die besseren Konsumenten und desinformierte Arbeiter die besseren Sklaven. Die Unterhaltungsindustrie hat nur die Aufgabe, die Menschen durch ihre Filme, Musik und Shows im Sinne von Materialismus, Konsum und unkritischem Denken zu manipulieren.

Die Gehirnwäsche der System-Medien ist so allgegenwärtig und so effektiv, daß man sie erst erkennen kann, nachdem man sich ihr einige Wochen lang konsequent entzogen hat. Sensible Menschen sollten sich auf diesen Schritt mental gut vorbereiten, denn das Leben außerhalb der Matrix ist ein vollkommen anderes. Unabhängige Informationen und echte Kultur findet man im Internet (außerhalb der Konzernseiten) und auf regionalen Veranstaltungen.

10.) Boykott der System-Politiker

Alle System-Politiker tanzen nach der Pfeife einiger weniger Nutznießer des Systems. Sie sind weiter nichts als Marionetten und nicken nur die Gesetze ab, die ihnen von Lobbyisten vorgelegt werden. Da die Systemparteien aber die Stimmen der Nichtwähler per Umlageverfahren stehlen, wäre jedoch ein Wahlboykott kontraproduktiv. Statt dessen sollte man zur Wahl gehen und dort kleine, neue Parteien wählen, die noch nicht korrumpiert sind, und so den bestehenden Sumpf zumindest vorübergehend trockenlegen.

Mit diesen Schritten, an denen sich jeder Einzelne ganz oder zumindest teilweise beteiligen kann, läßt sich das System effektiv und gewaltlos beseitigen und Platz für ein besseres schaffen.

Ausblick: Renaissance 2.0

Dank dem derzeit noch freien Internet verbreiten sich nun die Informationen, die das System zum Wanken bringen. Ein Steuer- und Systemboykott auf Basis von Netzwerken, die von Banken, Konzernen, Medien und Politikern unabhängig sind, funktioniert ganz ohne Konfrontation mit diesen Machteliten. Jeder Einzelne kann sofort damit beginnen. Die Geldhersteller und ihre Gehilfen können dann in ihrem System ohne Volk weitermachen, werden aber für ihr selbst erzeugtes Papier- und Giralgeld keine Waren und Dienstleistungen mehr bekommen. Der Staat, das sind die Menschen.

„In Zeiten universeller Täuschung ist das Aussprechen von Wahrheit ein revolutionärer Akt.“ (George Orwell)

Die Gesellschaft, die einst durch Aufklärung aus dem dunklen Mittelalter erwachte, befindet sich heute unter einer neuen Dunstglocke, die von Banken, Konzernen, Medien und Politikern erzeugt wird, für ein Leben voller Materialismus, Lügen, Machtgier, Sklaverei, Konsum, Umweltzerstörung, Krankheit, Kriege und Verbrechen.

Doch wir erleben derzeit den Beginn eines neuen Zeitalters der Aufklärung, ein neues Erwachen in ein Leben voller Idealismus, Freiheit, Frieden, Weisheit, Gesundheit, Liebe, Freundschaft, Kultur und Moral – alles Dinge, die man für Geld nicht kaufen kann. – „*The Best Things in Life Are Free.*“

Alternativen

Natürlich stellt sich nun die Frage, wie die Menschen, die das bestehende System verlassen haben, ihre gesellschaftliche Ordnung von Beginn an gestalten.

Man könnte zum Beispiel die Demokratie einführen, aber dieser Versuch hat bisher immer und überall zu einer versteckten Diktatur der Plutokraten geführt. Wenn eine Demokratie überhaupt jemals funktionieren soll, dann muß von Anfang an geregelt werden, daß niemand eine größere Macht bekommt als die gewählten Volksvertreter. Dazu müßten ihnen dann aber auch das Finanzsystem und die Medien untergeordnet werden, was allerdings dazu führen würde, daß man das Ergebnis dann wohl kaum noch als Demokratie bezeichnen könnte. Was man heute unter einer Demokratie versteht, ist eine Illusion, ein Widerspruch in sich und kann gar nicht funktionieren.

Demokratie ist nur eine besondere Form von Diktatur, und zwar eine besonders gefährliche, da sie kaum erkannt wird und die getäuschten Menschen ihre Unterdrücker sogar noch ungewollt unterstützen, während die Macht tatsächlich bei den Plutokraten liegt, also bei den Geldsystembetreibern und Medienbesitzern, den reichsten, mächtigsten und gierigsten Menschen, die man sich überhaupt nur vorstellen kann. Daraus kann es nur einen Ausweg geben: Eine Staatsführung durch besonders fähige Idealisten. Eine solche Staatsführung hat dann die Aufgabe und wird dazu in die Lage versetzt, die Bürger zu schützen. Jegliche Macht wird begrenzt, und die höchste Macht darf nur von dieser Staatsführung ausgehen. Ein geeignetes Auswahlverfahren wird sicherstellen, daß nur die weisesten und idealistischsten Menschen diese Autorität bekommen.

Die neue Staatsführung muß von geringer Personenzahl, kompetent, weise, fleißig, unabhängig und von idealistischem Charakter sein. Sie muß vor allem auch bereit sein, für all ihr Tun und Lassen die volle persönliche Verantwortung zu tragen. Daß unsere derzeitigen Politiker mangels charakterlicher und fachlicher Eignung dafür wohl kaum in Frage kommen, versteht sich von selbst. Solche Menschen werden dann keinesfalls mehr mitwirken. Aber das werden sie dann auch ohnehin nicht mehr wollen, denn eine weitere Voraussetzung ist, daß sich jeder Beteiligte zu einem spartanischen Leben verpflichtet und weiter nichts erhält als Unterkunft und Verpflegung für sich und seine Familie.

Volle persönliche Verantwortung, keine Privilegien und keine Bereicherung? Wer soll dann noch bereit sein, eine solche Position zu übernehmen? Die Antwort ist ganz klar: Nur die Allerbesten!

Einer solchen Staatsführung kann und muß man dann selbstverständlich auch das Geldwesen unterordnen. „*Ich stelle die Forderung, – seit 30 Jahren tue ich das unermüdlich – daß die Reichsbank zur reinen Staatseinrichtung erhoben werde. Unbedingte Loslösung von der Börse, schärfste Trennung von allen verführerischen, privatwirtschaftlichen Belängen, – eine Notenanstalt soll sie sein, mehr nicht! Die Ausgabe von Banknoten soll nach scharf gezogenen Richtlinien erfolgen, die jede Willkür ausschließen, jedes Börsenwucherspiel im Keim ersticken, Krise, Krach, Geldstreik unmöglich machen. Die Leitung der Notenbank soll der öffentlichen Aufsicht dadurch zugänglich gemacht werden, daß die Einfachheit ihrer Grundsätze jedem durchsichtig wird.*“ (Silvio Gesell im Jahre 1920)

Als ersten Schritt benötigt das Volk eine Verfassung, und die kann es sich sogar nach BRD-Recht durch einen selbst organisierten Volksentscheid selbst geben. Gemäß Grundgesetz Artikel 146 gilt: „*Dieses Grundgesetz [...] verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*“ Die Machthaber und ihre Marionetten in den Regierungen und Propagandaanstalten werden dazu nicht benötigt. Sie werden selbstverständlich aus der Organisation ausgeschlossen.

Daß die aktuellen Machthaber über ihre ferngesteuerten Politiker und Medien ohnehin niemals bei etwas mitwirken werden, was im Interesse des Volkes ist, dürfte nun wohl jedem klar sein. Man würde also auch vergeblich darauf warten, daß die Gestaltung der neuen Verfassung über deren vorgespielte „*Öffentlichkeit*“ ausgerufen wird. Daher kommt als Medium dafür nur das Internet in Frage. Wir werden eine Plattform im Internet aufbauen, auf der ein Verfassungsentwurf ähnlich einem Open Source Projekt entsteht und über den dann per Internet abgestimmt wird. Für die technische und inhaltliche Realisierung suchen wir noch Mitstreiter, die uns bei dieser Arbeit unterstützen.

Der Widerstand der Machthaber wird vermutlich wie üblich ablaufen: Zuerst werden ihre Massenmedien das Projekt komplett aus der veröffentlichten Diskussion fernhalten. Ab einem Umfang, der dies nicht mehr zuläßt, werden sie es es zunächst lächerlich machen und dann schließlich als linken oder rechten Extremismus diffamieren. „*Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie dich aus, dann bekämpfen sie dich, dann gewinnst du.*“ (Mahatma Gandhi)

Auch der sogenannte „*Verfassungsschutz*“ wird sich mit den Initiatoren befassen, obwohl solche Bestrebungen gemäß Grundgesetz Artikel 5, 20 und 146 ausdrücklich erlaubt und absolut notwendig sind. Die zur Überwachung und zum Kampf gegen die Freiheit beauftragten Mitarbeiter der Unterdrückungsapparate, die alle als kleine

Rädchen im Getriebe – wie schon oft in der Geschichte – „*nur den Anweisungen von oben Folge leisten*“, dabei aber permanent gegen ihr eigenes Grundgesetz verstoßen, mögen bitte bedenken, daß auch sie selbst und ihre Nachkommen weiterhin in Sklaverei leben werden, wenn Sie ausgerechnet gegen diejenigen vorgehen, die sich für ihre Freiheit einsetzen.

In der neuen Verfassung wird dann natürlich auch ein Finanz- und Steuersystem verankert, das dem Volke dient anstatt es zugunsten einer kleinen, übergeordneten Gruppe auszubeuten. Die Grundlagen für ein solches System wurden schon vor hundert Jahren von Silvio Gesell ausgearbeitet. Nur leider werden seine Lehren in der von der Geldmacht gesteuerten Volkswirtschaftslehre komplett verschwiegen. Weitere hervorragende Ideen sind unter anderem auf unserer Netzseite unter Empfehlungen aufgelistet. Wer noch gelistet werden möchte, möge sich bitte melden. Welches bessere System den Platz des noch bestehenden einnimmt, soll ein fairer Wettbewerb unter den vielen guten Alternativen entscheiden.

Literaturempfehlungen

Ludwig von Mises: Theorie des Geldes und der Umlaufmittel
Silvio Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung
Gottfried Feder: Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes
Prof. Dr. Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation
Prof. Dr. Margrit Kennedy: Regionalwährungen
Prof. Bernd Senf: Der Nebel um das Geld
Prof. Bernd Senf: Tiefere Ursachen der Weltfinanzkrise
Günter Hannich: Börsenkrach und Weltwirtschaftskrise. Der Weg in den Dritten Weltkrieg.
Günter Hannich: Staatsbankrott - Wann kommt die nächste Währungsreform?
Günter Hannich: Der Marionettenstaat - So durchschauen Sie die Pläne der Drahtzieher.
Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom
Stephen Zarlenga: Der Mythos vom Geld - die Geschichte der Macht
G. Edward Griffin: Die Kreatur von Jekyll Island – Die US-Notenbank Federal Reserve
Andreas Popp: Der Währungs-Countdown
Andreas Popp: Das Matrix Syndrom
Andreas Popp: Brot und Spiele
F. W. Engdahl: Full Spectrum Dominance: Totalitarian Democracy in the New World Order
Gustave Le Bon: Psychologie der Massen
Elias Erdmann: Methoden der Manipulation